



Gestaltung von Politik und Gesellschaft Armut und Reichtum an Teilhabechancen

Gutachten zur Vorbereitung des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes

Bearbeitung:

Dr. Dietrich Engels
Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik

Köln, im Dezember 2007

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Vorbemerkung	3
1 Einführung	3
2 Konzeptionelle Verortung der Partizipationsthematik	5
2.1 Partizipation in der Perspektive eines mehrdimensionalen Lebenslageansatzes	5
2.2 Partizipation als Armut und Reichtum an Teilhabechancen.....	9
2.3 Partizipation und Inklusion in gesellschaftliche Teilsysteme.....	13
3 Untersuchungsansatz und Datengrundlagen.....	15
3.1 Konzept einer graduellen Partizipation	15
3.2 Indikatoren und Daten zur empirischen Analyse von Partizipation	16
4 Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft in Deutschland.....	19
4.1 Mitgestaltung politischer Prozesse	19
4.2 Mitgestaltung der Zivilgesellschaft	28
5 Zusammenfassung und Fazit.....	36
Literaturverzeichnis.....	39

Vorbemerkung

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung wurde als ein Prozess der kontinuierlichen Beobachtung und Analyse im Jahr 2000 begonnen und in den Folgejahren fortgeführt. Nach der Veröffentlichung des 1. Armuts- und Reichtumsberichts im April 2001 und des 2. Armuts- und Reichtumsberichts im April 2005 ist im Frühjahr 2008 die Veröffentlichung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts vorgesehen. In diesen Berichtsprozess ist ein Kreis von Fachwissenschaftlern einbezogen, die in Form einzelner Expertisen zur Klärung grundlegender methodischer und inhaltlicher Fragen sowie einzelner Spezialbereiche, die noch nicht hinreichend aufbereitet sind, beitragen. Einer dieser Bereiche ist der des politischen und gesellschaftlichen Engagements, zu dem zwar eine umfangreiche Literatur vorliegt, die aber nicht auf die spezifische Verknüpfung mit den Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung bzw. privilegierten Lebenslagen zugespißt ist. Zu dieser Thematik hatte das ISG Köln bereits ein Gutachten für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht erstellt.¹ Die vorliegende Expertise „Gestaltung von Politik und Gesellschaft – Armut und Reichtum an Teilhabechancen“ zur Vorbereitung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts führt diese Untersuchung zur Partizipation in einer anderen Perspektive und unter Heranziehung aktueller Daten fort.

1 Einführung

Eine lebendige Demokratie zeichnet es aus, dass ihre politischen Institutionen in einer fließenden Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, die sie repräsentieren, sich für deren Interessen und Meinungen sensibel zeigen und ihre Entscheidungen gegenüber der Zivilgesellschaft transparent machen. Ermöglicht wird eine solche Rückkopplung durch ein vielfältig abgestuftes Spektrum an Partizipationsformen, das von informellem Engagement über Interessenvereinigungen bis zu formeller Mitwirkung in Parteien und Verbänden reicht. Diese Mitgestaltung bedeutet einen Zuzugewinn an Legitimation und Transparenz politischer Institutionen und darüber hinaus auch einen Qualitätsgewinn in sozialen, kulturellen und geselligen Bereichen der Zivilgesellschaft.

Politisches und bürgerschaftliches Engagement sind somit Handlungsformen, in denen Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse mitwirken und eine demokratische Lebensform praktizieren.

„Demokratische Bürgerschaft ist gleichzeitig mit dem Anspruch aktiver Teilhabe verbunden, d.h. mit der Bereitschaft, sich informiert in die politische Willensbildung einzumischen.“

¹ Engels, D.: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2005.

schen, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen sowie öffentliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen. Da Demokratien zudem weitgehend auf Zwang verzichten wollen und können, wird bürgerschaftliches Engagement zur politischen Tugend, die die ‚gute Bürgerin‘ bzw. den ‚guten Bürger‘ auszeichnet. Es ist gleichzeitig der Gradmesser für die demokratische Qualität eines Gemeinwesens.“²

Den hohen Stellenwert des politischen und bürgerschaftlichen Engagements betont auch die Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“:

„Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement sind unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mehr noch: Auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für andere übernehmen und dies nicht zuletzt als Ausdruck ihrer persönlichen Freiheit verstehen. Der Zusammenhang von Engagement und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft bedeutet für den Staat, vielfältige Möglichkeiten für Eigeninitiative, Mitgestaltung und Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger aller Generationen zu eröffnen.“³

Die Chancen zu einer Mitgestaltung in diesem Sinne können allerdings für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ungleich verteilt sein. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung interessiert sich in diesem Zusammenhang dafür, wie sich Armutslagen, insbesondere schlechte Einkommenssituation und niedriger sozialer Status, aber auch Bildungsdefizite und migrationsbedingte Integrationsschwierigkeiten auf die Chancen zur Mitgestaltung des politischen und zivilgesellschaftlichen Lebens auswirken. Im Hinblick auf das Funktionieren einer lebendigen Demokratie geht es damit letztlich um die Frage, ob das demokratische System in Deutschland allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, oder ob sich soziale Ausgrenzung unter anderem auch darin manifestiert, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen geringere Chancen der Teilhabe eröffnet werden als anderen, privilegierten Gruppen.

² Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 76.

³ Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Berlin 2004, S. 3.

2 Konzeptionelle Verortung der Partizipationsthematik

2.1 Partizipation in der Perspektive eines mehrdimensionalen Lebenslagenansatzes

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung versteht sich konzeptionell als „Lebenslagen“-Bericht in dem Sinne, dass nicht nur über monetäre Aspekte von Armut und Reichtum berichtet werden soll, sondern über Benachteiligung und Privilegien in verschiedenen Dimensionen der Lebenslage bzw. in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Anhand des *Lebenslagenansatzes* lassen sich unterschiedliche Lebensverhältnisse in mehrdimensionaler Perspektive beschreiben. Nicht nur materielle Lebensverhältnisse, sondern auch weitere Einflussfaktoren wie Bildung, Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wohnsituation, Trennung und Alleinerziehung, soziale Netzwerke und anderes beeinflussen diesem Konzept zufolge die Lebenslage.⁴ Zwar darf das Gewicht des finanziellen Faktors nicht übersehen werden – monetäre Armut hat einen zentralen Stellenwert und wirkt sich auch in anderen Lebenslage-Dimensionen aus (z.B. korrespondiert das Wohnen in Substandardwohnungen bzw. schlechten Wohngebieten in der Regel mit geringem Einkommen). Es gibt aber auch Defizite, die mit zusätzlichen finanziellen Mitteln nicht zu beheben sind: z.B. im Falle von Ehescheidung und deren psycho-sozialen Folgen sowie von Krankheit, Suchterkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit und deren psycho-somatischen Folgen wird die Lebenslage von einkommensunabhängigen Faktoren bestimmt.

Das Konzept der „Lebenslage“ wurde ursprünglich mit unterschiedlichen Akzentuierungen formuliert: Otto Neurath betont die Mehrdimensionalität der Lebensumstände und deren subjektive Perzeption, wenn er „Lebenslage“ definiert als den „Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage“.⁵ In einer Definition von Gerhard Weisser liegt der Akzent stärker auf den Handlungsmöglichkeiten zur Realisierung von Lebenschancen; „Lebenslage“ wird hier verstanden als „Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn seines Lebens bestimmen.“⁶ An Weissers Begriff des „Spielraums“ bezüglich zentraler

⁴ Einen Überblick zum Lebenslagen-Ansatz gibt Engels, D.: Artikel „Lebenslagen“ in: Maelicke, B. (Hg.): Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos Baden-Baden 2008, S. 643-646. – Eine Aufarbeitung der theoriegeschichtlichen Entwicklung dieses Konzepts bietet Voges, W. et al.: Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2005, S. 37-55.

⁵ Neurath, O.: Empirische Soziologie, 1931, zit. nach Glatzer, W./ Hübinger, W.: Lebenslagen und Armut, in: Döring, D./ Hanesch, W./ Huster, E.-U. (Hg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt 1990, S. 31 ff, hier S. 35.

⁶ Weisser, G.: Artikel „Wirtschaft“, in: Ziegenfuss, W. (Hg.): Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 986.

„Grundanliegen“ knüpft Ingeborg Nahnsen an und differenziert fünf Einzelspielräume, anhand deren sich die Gesamtheit der Lebenslagen beschreiben lässt: Versorgungs- und Einkommensspielraum, Kontakt- und Kooperationsspielraum, Lern- und Erfahrungsspielraum, Muße- und Regenerationsspielraum sowie Dispositions- und Partizipationsspielraum.⁷

Die verschiedenen Bereiche der Lebenslage beeinflussen sich wechselseitig, indem Benachteiligungen oder Unterversorgung in einem Bereich eine Ausgrenzung aus anderen Bereichen zur Folge haben können.⁸ Bezüglich der Lebenslagen erwerbsfähiger Personen lässt sich dies beispielsweise so skizzieren:

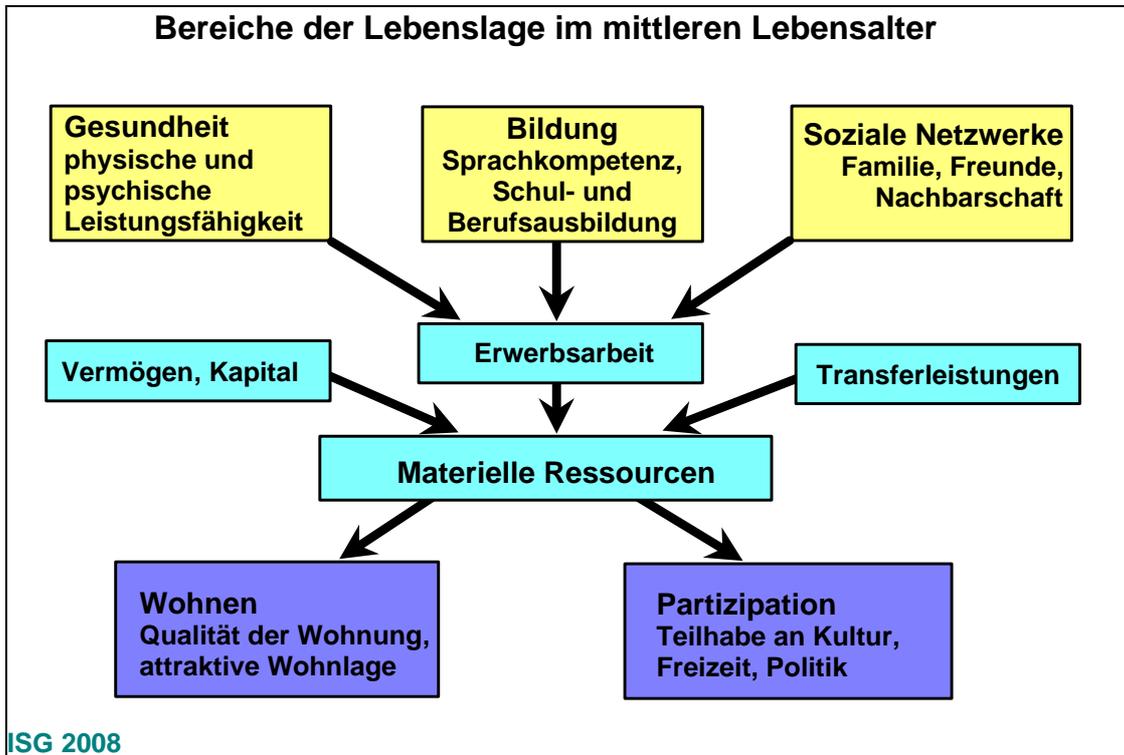
- So setzt eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben, an Kultur- und Freizeitaktivitäten den Zugang zu einem Mindestmaß an sozialen und materiellen Ressourcen voraus. Wer darüber nicht verfügt, ist davon zumindest partiell ausgeschlossen.
- Gleichermaßen gilt, dass eine gute Qualität der Wohnungsversorgung und eine attraktive Wohnlage in starkem Maße davon abhängt, welche materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen; umgekehrt korreliert eine Ausgrenzung von bevorzugten Wohnlagen bis hin zum Wohnen in „segregierten“ Wohngebieten mit Einkommensarmut und weiteren Belastungen.
- Der Erwerb materieller Ressourcen setzt – sofern kein Zugang zu außergewöhnlich hohem Vermögen oder zu Sozialtransfers besteht – in der Regel eine Inklusion in das System der Erwerbsarbeit voraus.
- Diese Inklusion in Erwerbsarbeit setzt – neben einer Arbeitserlaubnis – zumindest auch „Gesundheit“ in Form von physischer und psychischer Leistungsfähigkeit sowie „Bildung“ in Form von beruflicher Qualifikation voraus. Wer diese nicht vorweisen kann, hat nur geringe Zugangschancen.

Führt man diese Analyse von Zugangsschwellen fort, so wird um den Kernbereich des materiellen Lebensstandards (und der Erwerbsarbeit als seiner wichtigsten Voraussetzung) in vereinfachter Form eine Kausalkette von Zugangsvoraussetzungen erkennbar (Abb. 1), die auf einem komplexeren Niveau der Analyse zu einem Geflecht von Wechselbeziehungen der einzelnen Lebenslagenbereiche erweitert werden kann.

⁷ Nahnsen, I.: Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: M. Osterland (Hrsg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktbereitschaft, Frankfurt 1975, S. 145 ff.

⁸ Engels, D.: Lebenslagen und soziale Exklusion. Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzepts für die Sozialberichterstattung, in: „Sozialer Fortschritt“ Heft 5/2006, S. 109 – 117.

Abbildung 1:



Für andere Personengruppen kann die Konstellation der Lebenslagebereiche um andere Schwerpunkte kristallisieren:

- So steht für Kinder und die Frage, inwieweit sie ein hohes Armutsrisiko haben, der Bereich der Bildung im Vordergrund; Zugangsvoraussetzungen zu guten Bildungschancen sind insbesondere Gesundheit, Sprachkompetenz und förderliches soziales Umfeld.
- Für Seniorinnen und Senioren spielt ebenfalls die Erwerbsarbeit kaum noch eine Rolle, dagegen stehen für sie die Bereiche Gesundheit/ Leistungsfähigkeit und der Erhalt sozialer Netzwerke im Zentrum ihrer Lebenslage, weil diese Bereiche prekär werden und hier multipler Unterstützungsbedarf entsteht. Ihre Chancen zu gesellschaftlicher Partizipation werden durch diese Ressourcen sowie durch Bildung und Alterseinkommen entscheidend geprägt.

Der Begriff „Lebenslagen“ bezeichnet somit die Gesamtheit der sozialen Zusammenhänge, in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Möglichkeiten nutzen. Dieser soziale Kontext, der sich auf der Ebene handelnder Personen als Lebenslagenkonstellation darstellt, lässt sich auf der gesellschaftlichen Ebene als die Konstellation gesellschaftlicher Teilsysteme beschreiben. Spezialisierte Teilsysteme bilden sich jeweils für einen bestimmten Sinnzusammenhang bzw. eine bestimmte Funktion aus und

strukturieren zu diesem Zweck die jeweils relevanten Elemente.⁹ In einer derart funktional differenzierten Gesellschaft sind Personen nicht nur einem Teilsystem zugeordnet, sondern in wechselnde, sich teils überlagernde soziale Bezüge eingebunden. Sie werden mit ihren Ressourcen, Kompetenzen und Handlungszielen zu „Elementen“ mehrerer Teilsysteme zugleich. Diese multiple Einbindung in vielfältige soziale Bezüge bzw. gesellschaftliche Teilsysteme bezeichnet Luhmann als „Inklusion“, die Nicht-Zugehörigkeit zu anderen Teilsystemen entsprechend als „Exklusion“. Dabei wird „Exklusion“ zunächst nicht wertend als Verweigerung des Zugangs verstanden, sondern als logische Konsequenz des Umstands, dass man nicht „auf allen Hochzeiten zugleich tanzen“, also allein schon aus raumzeitlicher Begrenztheit nicht an allen Teilsystemen zugleich beteiligt sein kann. Dieses Verständnis zieht auch die Möglichkeit in Betracht, dass die Nicht-Teilnahme an einem Teilsystem durch die Einbeziehung in ein anderes Teilsystem kompensiert werden kann.

Damit unterscheidet sich dieses Verständnis auf den ersten Blick von der Verwendung „sozialer Exklusion“ und „sozialer Inklusion“ im Kontext der Armutsforschung, in der darunter eine Ausgrenzung einzelner Personen oder Personengruppen von einer akzeptablen Lebensweise verstanden wird. Dies wird im sozialpolitischen Diskurs auf europäischer Ebene so erläutert:

„Soziale Ausgrenzung ist ein Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut bzw. wegen unzureichender Grundfertigkeiten oder fehlender Angebote für lebenslanges Lernen oder aber infolge von Diskriminierung an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden. Das erzeugt eine Distanz zu den Beschäftigungs-, Einkommens- und Bildungsmöglichkeiten und auch zu den sozialen und gemeinschaftlichen Netzen und Maßnahmen. Sie haben kaum Zugang zu den Macht- und Entscheidungsgremien und fühlen sich daher oft machtlos und außerstande, auf die Entscheidungen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken, Einfluss zu nehmen.“¹⁰

Bei näherer Betrachtung sind beide Konzepte aber durchaus aneinander anschlussfähig. Wenn Ausgrenzungen aus mehreren Teilsystemen kumulieren, verfestigen sie sich zu einer übergreifenden Exklusion. Eine solche Verknüpfung von Ausgrenzungen hat eine mehrdimensionale Benachteiligung zur Folge. Auch eine Mehrfach-Exklusion bedeutet zwar kein Herausfallen aus der Gesellschaft – dies wäre nach diesem Verständnis per definitionem nicht möglich, schließlich betreffen die als „Ausgrenzung“ bezeichneten Tatbestände den Ausschluss aus einzelnen Teilsystemen, während „die Gesellschaft“ den umfassenden Kommunikationszusammenhang bildet, der die Teilsysteme in einem integrativen Rahmen verbindet. Sie kann aber eine Statusverhärtung

⁹ Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt 1998.

¹⁰ Europäische Kommission, Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung als Fazit der Auswertung der Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung (2003-2005), Brüssel 2003, S. 10.

am „unteren“ Rand der Gesellschaft bedeuten, die eine Teilhabe der Betroffenen an den für sie wichtigen Teilsystemen erheblich erschwert.¹¹

Der so verstandene Lebenslagenansatz als soziale Konstellation von Teilsystemen, in die manche Personengruppen eher inkludiert und von denen andere Gruppen eher ausgeschlossen sind, bildet den theoretischen Rahmen, innerhalb dessen die Teilhabe an Politik und Gesellschaft in Deutschland im Folgenden empirisch untersucht wird. Dabei ist zu prüfen, ob Exklusion aus einem Teilsystem durch Inklusion in andere kompensiert werden kann (*Kompensationsthese*), oder ob gerade bei Fokussierung von Armuts- und Reichtumlagen eher eine Verknüpfung von Exklusionen aus mehreren Bereichen bzw. multipler Inklusion zu beobachten ist (*Kumulationsthese*).

2.2 Partizipation als Armut und Reichtum an Teilhabechancen

Neben einer Anknüpfung an das Lebenslagenkonzept orientiert sich die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung seit dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht weiterhin an dem Capability-Ansatz von Amartya Sen. In die deutsche Armuts- und Reichtumsberichterstattung wurde dieser Ansatz von Jürgen Volkert eingeführt, der „Capabilities“ mit „Verwirklichungschancen“ übersetzt. Diese Verwirklichungschancen bestehen einerseits aus individuellen Potenzialen – der Gesamtheit der monetären und nicht-monetären Ressourcen, die einem Individuum zur Verfügung stehen – und andererseits aus gesellschaftlich bedingten Chancen, womit die seitens der Gesellschaft gesetzten Spielräume zur Umsetzung dieser Potenziale bezeichnet werden.

„Verwirklichungschancen sind demnach die umfassenden Fähigkeiten („Capabilities“) und realen Chancen der Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung auf keinen Fall in Frage stellt.“¹²

Das Resultat dieses Zusammenwirkens von individuellen Potenzialen und gesellschaftlichen Chancen sind die faktisch umgesetzten (und empirisch beobachtbaren) Lebensformen, die Sen als „Functionings“ bezeichnet.

Die Zielrichtung dieses Ansatzes ist es, über die empirische Deskription beobachtbarer Zustände hinaus die (personenbezogenen und gesellschaftlichen) Ursachen und Motive zu rekonstruieren, die zu diesem Ergebnis geführt haben, um den daraus folgenden Handlungsbedarf näher bestimmen zu können; mit einer Rückbindung an Intentionalität

¹¹ Kronauer, M.: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt 2002.

¹² Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München 2000 (zit. nach Volkert, J. et al.: Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung, Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2004, S. 60.

soll unterscheidbar werden, ob z.B. eine Unterversorgung gewollt (wie bei einer Diät oder Askese) oder ungewollt ist. Dies wird insofern als politikrelevant gesehen, als auf ungewollte Notlagen anders zu reagieren sei als auf intendierten Verzicht; die Ursachen von Notlagen könnten so wirksamer bearbeitet werden.

Dieses Erklärungsmuster, das „Handeln“ auf die Motive und Intentionen eines individuellen Akteurs zurückzuführen sucht, steht in der Tradition der Handlungstheorie Max Webers. „Motiv‘ heißt ein Sinnzusammenhang, welcher dem Handelnden selbst oder dem Beobachtenden als sinnhafter ‚Grund‘ eines Verhaltens erscheint.“¹³ Die handlungsleitende Intention wird dabei als psychischer Zustand eines individuellen Akteurs gesehen. „Handeln im Sinn sinnhaft verständlicher Orientierung des eigenen Verhaltens gibt es für uns stets nur als Verhalten von einer oder mehreren einzelnen Personen.“ (ebd.) Zwar ist soziales Handeln dadurch gekennzeichnet, dass die Erwartungen anderer in der Intention des Akteurs mit reflektiert werden: „Soziales Handeln (einschließlich des Unterlassens oder Duldens) kann orientiert werden am vergangenen, gegenwärtigen oder für künftig erwarteten Verhalten anderer.“¹⁴ Diese Erwartungen stellen nach Webers Verständnis aber für den Handelnden eher Rahmenbedingungen dar; sein Handeln bleibt letztlich ein individueller Akt, der nicht aus gesellschaftlicher Interaktion heraus verstanden wird.

Dieser individualistische Ansatz wird mit Hinweis darauf kritisiert, dass „Gesellschaft“ als ein Geflecht sozialen Handelns komplexer sei als die Summe individueller Handlungen: Soziale Teilsysteme stellen Kommunikations- und Handlungszusammenhänge her, in die sie Personen mit ihren Ressourcen und Motiven eingliedern. Habermas spricht in diesem Zusammenhang von dem „atomistischen Handlungsmodell eines einsamen Aktors“, bei dem „Mechanismen der Handlungskoordination, durch die interpersonale Beziehungen zustande kommen“, vernachlässigt würden.¹⁵ Dieser Aspekt der sozialen Koordination wird in Emile Durkheims Konzeption der Gesellschaft als eines organischen Gebildes angemessener erfasst. Diese differenziert sich in Prozessen der Arbeitsteilung nach funktionalen Gesichtspunkten, und die Akteure werden innerhalb der wechselseitigen Bezogenheit dieser Funktionssysteme verortet. Sie sind somit der Gesellschaft nicht in abstrakter Weise vorausgesetzt (wie in individualistischen Handlungsmodellen und auch in den sog. Vertragsmodellen der Gesellschaft angenommen), sondern bilden sich als „Personen“ innerhalb ihrer institutionellen Einbindung.¹⁶

¹³ Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Erster Teil: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte, § 1 I. Methodische Grundlagen, 1922; 5. Auflage hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1980.

¹⁴ Weber (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Erster Teil § 1 II. Begriff des sozialen Handelns.

¹⁵ Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns* Bd. 1, Frankfurt 1981, S. 369.

¹⁶ Durkheim, E.: *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, 1893; Frankfurt 1977.

Daran anknüpfend versteht Niklas Luhmann „Partizipation“ in konsequenter Akzentuierung der gesellschaftlichen Perspektive. Die Funktionsweise gesellschaftlicher Systeme beschreibt er in der Weise, dass Individuen zwar in deren Prozesse einbezogen werden, aber nur als Systemelemente, während die „Intentionalität“ bzw. „Systemsteuerung“ nicht auf der Intentionalität von Individuen, sondern auf der Selbststeuerung (Autopoiesis) des Systems beruht.¹⁷ Moderne Gesellschaften differenzieren sich demnach in funktional aufeinander bezogene Teilsysteme, die ihre Ausrichtung und Abgrenzung ebenso wie die Einbeziehung ihrer Elemente steuern. Gesellschaftliche Teilsysteme verfolgen die durch ihre Funktionalität gesetzten, spezifischen „Ziele“, und Personen partizipieren daran in dem Maße, in dem sie in das jeweilige Teilsystem integriert sind. Bürgerschaftliches Engagement erscheint aus dieser Perspektive als Partizipation an einem Teilsystem, das sich an „Solidarität“ statt an anderen Medien (wie z.B. finanzieller Effizienz) orientiert. Politische Partizipation wird im Rahmen dieses Ansatzes als ein Engagement im Vorfeld des stärker formalisierten Politiksystems verstanden. In dessen Zentrum erfolgt politisches Entscheiden professionalisiert, während die vorgelagerte Peripherie offener für das Erproben verschiedener, alternativer Konzepte ist.¹⁸

Sens Konzept der Verwirklichungschancen, der empirisch beobachtbare Realität auf intentionales Handeln von Subjekten zurückführt, ist Webers Beschreibung intentionalen Handelns ähnlich und ebenfalls an einem individualistischen Handlungsmodell orientiert. Der gesellschaftliche Handlungszusammenhang erscheint aus dieser Perspektive lediglich als „Rahmenbedingung“. Die Einseitigkeit einer derart subjektzentrierten Konzeption wird auch daran deutlich, dass Sen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer individuelle Potenziale sich entfalten können, als „instrumentelle Freiheiten“ bezeichnet, die als Entfaltungsspielräume wiederum auf das Individuum bezogen werden. Die Eigenständigkeit und Wirkungsweise gesellschaftlicher Systeme wird dadurch ausgeblendet, wahrgenommen wird sie nur in der gefilterten Form eines instrumentellen Rahmens, der „als Instrument zur Verbesserung des individuellen Wohlergehens“ Handlungsfreiheit zulässt oder einschränkt.¹⁹ Volkert sucht diesen einseitigen Subjektbezug dadurch abzumildern, dass er „instrumentelle Freiheiten“ konsequent als „gesellschaftlich bedingte Chancen“ erläutert.²⁰ Wenn aber Sen selbst beide Formulierungen als „synonym“ betrachtet, unterstreicht dies die subjektzentrierte Perspektive.

¹⁷ Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt 1998.

¹⁸ Luhmann, N.: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt 2000, S. 250.

¹⁹ Arndt, C. et al.: Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen) – Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armut- und Reichtumsmessung – Machbarkeitsstudie, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2006, S. 7 Anm. 10.

²⁰ Volkert et al. 2004, a.a.O. S. 60.

Aber nicht nur die Beschreibung gesellschaftlicher Einflüsse fällt zu subjektzentriert aus und vernachlässigt den gesellschaftlichen Aspekt, auch für die individuellen Potenziale trifft dies zu. Sen nennt beispielhaft personale Merkmale wie Alter, Geschlecht, Gesundheitsstand und Bildung (auch als „personal conversion factors“ bezeichnet, von Volkert übersetzt mit „persönliche Umwandlungsfaktoren“) und erläutert sie als quasi „angeborene“ Merkmale, die „grundsätzlich in jede Gesellschaft mitgenommen werden können“, ²¹ also als unabhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Nun dürfte aber kaum bezweifelbar sein, dass das individuell erreichte Bildungsniveau selbst eine Resultante aus individuellen Dispositionen (wie angeborenen Teilen von Intelligenz) und deren Prägung durch eine spezifische Gesellschaftsform sind (so wurden im Kontext der PISA-Studie die gesellschaftlichen Bedingungen des Bildungserwerbs eingehend diskutiert). Ebenso ist das scheinbar personenbezogene Merkmal einer „Behinderung“ nicht auf biologische Funktionsstörungen („Disability“) reduzierbar, sondern erweist sich im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext mehr oder weniger als „Handicap“ bzw. Partizipationshindernis. ²² Selbst grundlegende Personenmerkmale wie „Geschlecht“ und „Alter“ sind nicht nur biologische Daten, sondern mit gesellschaftlichen Rollen untrennbar verknüpft und daher nicht interkulturell „transportabel“; sie erhalten in unterschiedlichen Gesellschaftskontexten jeweils unterschiedliche Bedeutungen.

Das Konzept der „Verwirklichungschancen“ erscheint somit zu einseitig von individuellen Ressourcen und Handlungsspielräumen her gedacht und gewichtet die Eigendynamik sozialer Systeme in unzureichender Weise. Damit kann nicht in befriedigender Weise beschrieben werden, wie Personen in gesellschaftliche Kontexte eingebunden sind und von dort aus Ziele entwickeln, die sie – wiederum in gesellschaftlicher Einbindung – verwirklichen.

Für eine Untersuchung von Partizipation ist daraus die Konsequenz zu ziehen, dass subjektive Partizipationsziele, die angesichts förderlicher oder hinderlicher Rahmenbedingungen mehr oder weniger verwirklicht werden können, nur eine verkürzte Perspektive bedeuten. Komplementär ist die Einbeziehung oder Ausgrenzung durch gesellschaftliche Teilsysteme zu betrachten, durch die auch Motive und Ziele handelnder Personen geprägt werden.

²¹ Arndt et al. 2006, a.a.O. S. 8.

²² So das Verständnis der World Health Organisation (WHO): International Classification of Functioning, Disability and Health, Genf 2001.

2.3 Partizipation und Inklusion in gesellschaftliche Teilsysteme

Konzepte sozialer Inklusion und Exklusion sind unmittelbar auf die Zugangsmöglichkeiten zu bzw. die Voraussetzung einer Einbeziehung in soziale Systeme bezogen und lassen sich nicht allein durch das Zusammenspiel von Potenzialen von Individuen mit deren instrumentellen Freiheiten entwickeln. Vielmehr werden sie erst aus einer Umkehrung der Perspektive verständlich: Gesellschaftliche Systeme beziehen je nach ihren Erfordernissen Personen ein oder grenzen sie aus. Die Ziele und Potenziale des Einzelnen sind zwar als Systemressourcen wichtig, sind aber nicht entscheidend für Inklusion oder Exklusion; dafür sind der Bedarf und die Zugangskriterien des jeweiligen gesellschaftlichen Teilsystems eher ausschlaggebend.

Diese „Eigenlogik“ gesellschaftlicher Teilsysteme führt zu Spannungen zwischen diesen ebenso wie gegenüber den Zielen und Potenzialen von Personen. Solche Spannungen lassen sich beispielhaft an den Schnittstellen der Teilsysteme Wirtschaft, Bildung, Familie und Politik skizzieren.

Das *Beschäftigungssystem* ist - als Teil des Wirtschaftssystems - an bestimmten Zielwerten der Produktion und Arbeitsorganisation orientiert und wird beeinflusst von Konjunkturzyklen, internationalen Kapitalströmen und der Erschließung von Konsummärkten. Beschäftigungsrelevant sind hier insbesondere die technologische Entwicklung und die Formen der internationalen Arbeitsteilung. Eine zentrale Rahmenbedingung ist aus der systemeigenen Perspektive die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, wobei eine Schnittstelle zu den Teilsystemen der schulischen und beruflichen Ausbildung entsteht. Ein Konflikt zwischen der Wirtschaft und ihrem Teilsystem der Beschäftigung besteht darin, dass unter bestimmten Umständen die Attraktivität für Kapitalinvestitionen durch Reduktion der Beschäftigung (Entlassungen) gesteigert werden kann. Eine „Exklusion“ aus diesem Teilsystem kann daher viele, für die Beschäftigten selbst oft unvorhersehbare Ursachen haben. Deren persönliche Ziele, Anstrengungen und individuellen Potenziale erhöhen zwar die Inklusionschancen, können aber keine Beschäftigung garantieren, wenn die Systeminteressen anders ausgerichtet sind.

Das *Bildungssystem* orientiert sich an inhaltlichen Lehrplänen, schulorganisatorischen Regelungen, finanziellen Ressourcen, geeigneten Lehrmaterialien und an bildungspolitischen Akzentsetzungen. Als Rahmenbedingungen sind die Entwicklung der Schülerzahlen (die wiederum durch die demografische Entwicklung und Migrationsströme beeinflusst werden) sowie die Verfügbarkeit qualifizierter Lehrkräfte relevant. Ein Zielkonflikt mit dem Beschäftigungssystem besteht darin, dass dieses eine auf den produktiven Einsatz hin qualifizierende Bildung und Ausbildung erwartet, während sich das Bildungssystem einen umfassenderen Bildungsauftrag zuschreibt, der nicht durch eine verengte Zielsetzung funktionalisiert werden dürfe. Im umgekehrten Fall kann eine unzureichende Abstimmung beider Teilsysteme darin bestehen, dass das Bildungssystem auf formale Abschlüsse hin qualifiziert, die auf Grund geänderter Arbeitskraftnachfrage dennoch nicht in einer Beschäftigung münden. In diesem Fall kann persönliches (Weiter-) Bildungsbemühen zugleich subjektiv sinnvoll und objektiv nutzlos sein.

Familiäre Teilsysteme bilden einerseits eine Schnittstelle mit dem Erwerbssystem (Familienleben als Ressource für Leistungsfähigkeit, Familienunterhalt als Motiv für Erwerbstätigkeit) und andererseits eine wichtige Voraussetzung für demografische Regeneration. Mit der Zuleitung von Kindern in das (schulische und zunehmend auch vorschulische) Bildungssystem entsteht mit diesem eine Schnittstelle, an der sich Konflikte um die Qualität der familiären Sozialisation bzw. über die Abgrenzung innerfamiliärer und außerfamiliärer Erziehungsaufgaben entzünden. Ein noch gravierenderer Konflikt besteht jedoch zwischen der familiären Systemlogik, die im Falle der Erziehung von Kindern zeitlich aufwändige und längerfristig abgesicherte Perioden

impliziert, und der Verfügbarkeitsanforderung des Wirtschaftssystems. Mit zunehmendem Grad der Inklusion in attraktive berufliche Positionen sinkt die Bereitschaft insbesondere qualifizierter Frauen, diese Karrierechancen einer familienspezifischen Zeitstruktur unterzuordnen. Individuelle Wünsche, Kind und Karriere miteinander kompatibel zu machen, sehen sich nicht nur mehr oder weniger günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber, sondern geraten zwischen die Räder systemischer Eigenlogiken.

Die Wechselwirkung von individuellen Zielen und deren Abstimmung auf Verwirklichungschancen einerseits und den Prozessen der Einbeziehung oder Ausgrenzung durch gesellschaftliche Systeme andererseits lässt sich auch in den Bereichen des politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements beobachten. Auch auf der Ebene der Mitwirkung in einem Verein oder einer Bürgerinitiative spielen sich ähnliche Prozesse ab, dass nämlich Organisationen nach bestimmten Voraussetzungen darüber entscheiden, wen sie zur Mitwirkung zulassen und wen nicht. Dies ist im positiven Fall kongruent mit persönlichen Zielen und Potenzialen der interessierten Individuen; im Grenzfall können aber auch auf dieser Ebene des Engagements individuelle Partizipationsinteressen seitens der Organisationen abschlägig beschieden werden. Dies kann entweder zu alternativen Aktivitäten führen (womit der Ausschluss zumindest teilweise kompensiert wäre), oder auch durch einen Selbstausschluss antizipiert werden. Was den letzteren Fall angeht, so ist es empirisch schwer feststellbar, ob bestimmte Personengruppen sich etwa deshalb politisch desinteressiert zeigen, weil sie andere Interessen haben, oder ob sie damit angesichts bestimmter Merkmale oder nicht gegebener Voraussetzungen eine mögliche Ausgrenzung antizipieren.

In einer empirischen Untersuchung der Partizipation Jugendlicher wird deren geringes Engagement im kommunalpolitischen Bereich begründet mit „Desinteresse am Thema, fehlendes Vertrauen in Politiker, kein Respekt seitens der Politiker“.²³ Während die ersten beiden Aspekte die Interessenlage der Jugendlichen betreffen, spiegelt der dritte Aspekt die Systemperspektive wider: Akteure im politischen Teilsystem orientieren sich an der Zustimmung von Wählern²⁴ und gewichten von daher die Interessen nicht Wahlberechtigter geringer. Insofern stellt das scheinbar mangelnde politische Engagement einen realistischen Reflex auf die Eigenlogik des politischen Teilsystems dar, in dem Kinder und Jugendliche als „Zustimmungsressource“ nicht vorgesehen sind.

Politisches und bürgerschaftliches Engagement setzen also nicht nur hinreichende zeitliche Ressourcen voraus, sondern darüber hinaus häufig auch weitere Qualifikationen, ohne die ein Zugang zu diesen Teilsystemen nur schwer möglich ist.

²³ Fatke, R./ Schneider, H.: Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Gütersloh 2007, S. 59 ff; hier S. 75.

²⁴ Luhmann, N.: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt 2000, S. 430 f.

3 Untersuchungsansatz und Datengrundlagen

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung kann sich, wie oben dargelegt, nicht auf die (handlungstheoretische) Perspektive individueller Ziele, Handlungsmöglichkeiten und Realisierungschancen beschränken, sondern sollte darüber hinausgehend aus der gesellschaftlichen Perspektive der Beschreibung von Prozessen sozialer Einbeziehung und Ausgrenzung erfolgen, von denen jeweils bestimmte Personengruppen in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Dabei bildet das Risiko monetärer Armut zwar einen zentralen, aber nicht den einzigen Bezugspunkt; sie wird durch die Analyse von Einbeziehung in oder Ausgrenzung/ Exklusion aus gesellschaftlichen Teilsystemen ergänzt.

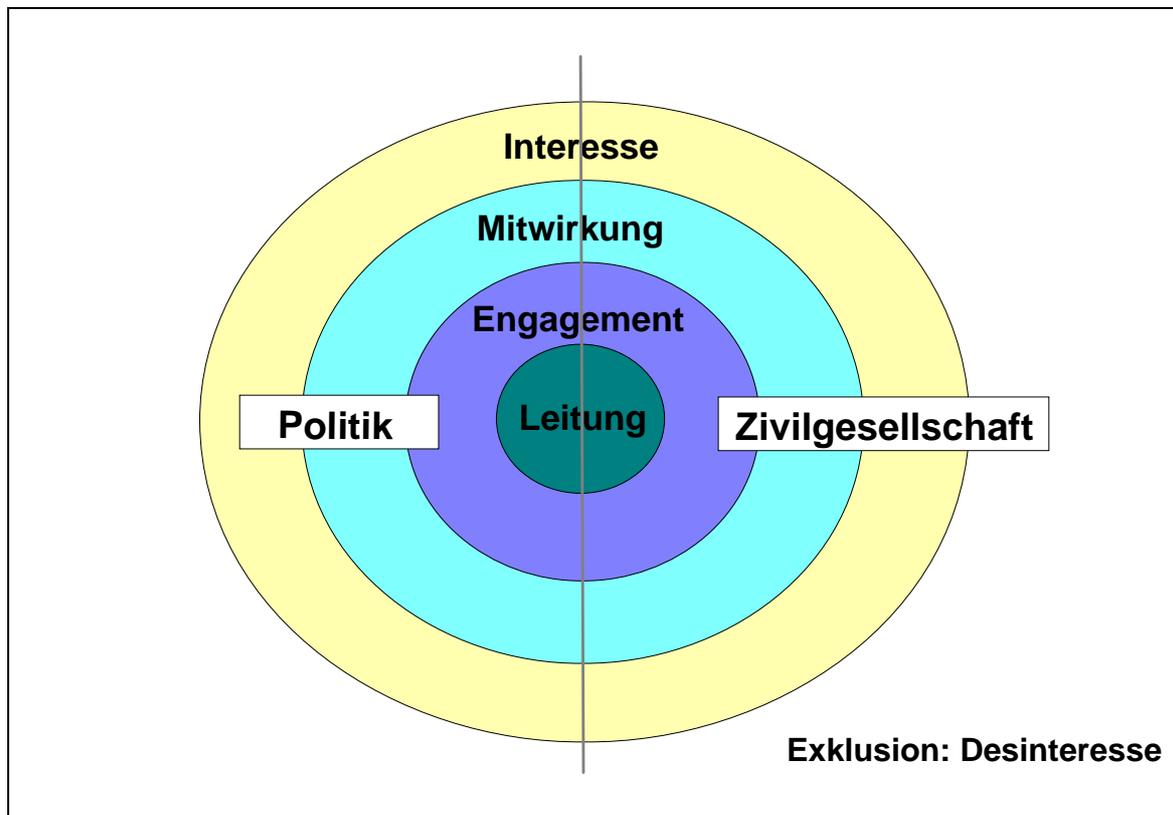
3.1 Konzept einer graduellen Partizipation

Im Folgenden wird „politische Partizipation“ als eine Mitgestaltung politischer Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse verstanden. Eine breite Beteiligung der Bevölkerung wird dabei als Anzeichen einer gesellschaftlich tief verwurzelten Demokratie bzw. als „Bürgernähe“ des professionellen politischen Systems gewertet. Die in einem umfassenderen Sinne verstandene „gesellschaftliche Partizipation“, auch als „bürgerschaftliches Engagement“ bezeichnet, umfasst alle Formen der Mitwirkung an der Verbesserung von Lebensqualität durch freiwilliges Engagement und Mitwirkung an kultureller Gestaltung der Gesellschaft.

Partizipation einerseits und soziale Ausgrenzung andererseits sind aber nicht als unvereinbarer Gegensatz zu verstehen. Bei näherer Betrachtung differenziert sich die Partizipation wiederum in unterschiedliche Formen der Mitgestaltung, die sich als graduell abgestufte Inklusion interpretieren lassen. Grafisch lassen sich diese Ebenen als konzentrische Kreise darstellen, deren Zentrum ein hohes Maß und deren Ränder ein geringes Maß an Partizipation symbolisieren.

In Abgrenzung von einem „Desinteresse“, das nicht in den Bereich der Partizipation gehört, steigern sich die Formen der Partizipation von „Interesse“ über „Mitgliedschaft in Initiativen/ Organisationen“ und das demgegenüber aktivere „bürgerschaftliche Engagement“ bis zu intensiven Formen wie „Aufbau/ Initiierung von Engagement“ und „Leitung/ Steuerung von Organisationen“. Im Falle der politischen Partizipation lässt sich dieses Kreismodell so verstehen, dass über politisches Desinteresse hinausgehend ein geringer Grad an Partizipation mit „politischem Interesse“ beginnt und über die Stufen einer Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Initiativen sowie einer sporadischen politischen Aktivität bis hin zu regelmäßiger Ausübung politischer Funktionen reicht.

Abbildung 2:
Ebenen der Partizipation in Politik und Zivilgesellschaft



Ausgehend von diesem Ansatz ist zu fragen, welches jeweils die (im Zeitverlauf wechselnden) Kriterien sind, die das System für Inklusion oder Exklusion definiert. Welchen Bevölkerungsgruppen gelingt es in den verschiedenen Teilsystemen, zu aktiven Protagonisten zu werden, welchen gelingt zumindest eine passive Teilhabe, und welche Gruppen bleiben jeweils ausgeschlossen?

3.2 Indikatoren und Daten zur empirischen Analyse von Partizipation

Als Datengrundlage für ein differenziertes Bild der politischen und gesellschaftlichen Partizipation können amtliche Statistiken und repräsentative Bevölkerungsbefragungen herangezogen werden.

- Ein grundlegender Indikator für politische Partizipation ist die Beteiligung an Wahlen, Informationen darüber enthält die repräsentative Wahlstatistik.
- Detailliertere Informationen enthalten Datensätze auf der Basis repräsentativer Befragungen. Dazu gehören in diesem Zusammenhang die in zweijährlichen Abständen durchgeführte „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“

(Allbus). Der Allbus-Datensatz 2004 enthält Daten zur Mitwirkung in Parteien und Gewerkschaften sowie an informellen politischen Aktivitäten (z.B. Demonstration, Unterschriftensammlung) auf der Basis von rd. 2.500 repräsentativen Befragungspersonen ab 18 Jahren. Eine Vergleichbarkeit mit anderen Allbus-Wellen wird allerdings dadurch erschwert, dass sich die Fragestellungen jeder neuen Erhebung stark von denen der vorhergegangenen unterscheiden können.

- Eine weitere umfassende Datenquelle ist das jährlich durchgeführte Sozio-oekonomische Panel (SOEP) mit einem Stichprobenumfang von rd. 22.700 Befragungspersonen ab 16 Jahren in 12.500 Haushalten. Die Welle 2005 enthält detaillierte Angaben zu politischem Interesse sowie Beteiligung an Politik und bürgerschaftlichem Engagement. Der innerhalb des SOEP aufgebaute „Äquivalenzfile“ ermöglicht eine Berechnung von Armutsrisikoquoten (nach der Definition der Laeken-Indikatoren), wobei Daten für Kinder unter 16 Jahren aus den Angaben der erwachsenen Befragten rekonstruiert wurden.
- Zum bürgerschaftlichen Engagement kann weiterhin die 1999 und 2004 durchgeführte „Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement“ (Freiwilligensurvey) herangezogen werden, mit einem Stichprobenumfang von 15.000 Befragten ab 14 Jahren, die detaillierte Informationen über Formen, Bereiche und Motive des bürgerschaftlichen Engagements gibt.
- Über die Lebenslagen von Kindern gibt es im SOEP nur rekonstruierte Daten mit eingeschränkten Informationen, da die unmittelbare Befragung an Personen ab 16 Jahren gerichtet wird. Darüber hinaus gibt es im Jugendbereich die regelmäßig durchgeführte Shell-Jugendstudie, zuletzt wurden im Rahmen der 15. Studie 2.532 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren befragt.²⁵ Für jüngere Kinder wurde im Jahr 2007 die erstmals eine ähnliche Befragung durchgeführt, in diese „1. World Vision Kinderstudie“ wurden 1.592 Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren einbezogen.²⁶ Eine Studie der Bertelsmann Stiftung widmet sich der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bereichen Familie, Schule und Kommune auf der Basis von 12.000 Befragten zwischen 12 und 18 Jahren.²⁷

In unterschiedlicher Weise enthalten diese Datenquellen Variablen mit weiteren Angaben, nach denen die Analysen differenziert werden können.

²⁵ Hurrelmann, K./ Albert, M./ Schneekloth, U.: Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie, hrsg. von Deutsche Shell Holding, Frankfurt 2006.

²⁶ Hurrelmann, K./ Andresen, S./TNS Infratest Sozialforschung: 1. World Vision Kinderstudie - Kinder in Deutschland 2007, World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.), Frankfurt/M. 2007.

²⁷ Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Gütersloh 2007.

- Alle aufgeführten Umfragedaten enthalten die Merkmale Geschlecht und Alter, anhand derer die unterschiedlichen Partizipationsgrade von Männern und Frauen sowie einzelner Altersgruppen untersucht werden können. Die Differenzierungsmöglichkeiten nach Alter sind allerdings in der Regel nach unten durch das Mindestalter der Befragten begrenzt (z.B. Freiwilligensurvey ab 14 Jahre, SOEP ab 16 Jahre).
- Angaben zum Bildungsstand enthalten die meisten Umfragedatensätze. Die Partizipation „bildungsferner“ Personengruppen wird in der Regel so operationalisiert, dass die Personen, die nach Ablauf der Schulpflicht über keinen schulischen Abschluss oder maximal einen der Hauptschule verfügen, als Problemgruppe angesehen werden.
- Verringerte Teilhabechancen können auch für Menschen mit Behinderungen bestehen. Dieses Merkmal wird aber nur im SOEP erhoben.
- Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit eingewanderte Personengruppen in die Gesellschaft integriert sind, was sich unter anderem auch aus deren Interesse am politischen Geschehen und deren Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ableiten lässt. Viele Befragungen richten sich allerdings nur an deutschsprachige Personen, so dass Nichtdeutsche häufig unterrepräsentiert sind. Dies ist im SOEP nicht der Fall, da dort gezielt Personen mit Migrationshintergrund (Ausländer mit ausländischer oder doppelter Staatsbürgerschaft sowie deutsche Aussiedler) in die Stichprobe einbezogen wurden.
- Eine regionale Differenzierung erlauben die meisten Haushaltsbefragungen, wobei die Ebene der regionalen Differenzierung durch die Stichprobengröße begrenzt wird. Zumindest eine Unterscheidung zwischen West- und Ostdeutschland (bzw. früherem Bundesgebiet einschl. Berlin und den neuen Ländern) ist in den meisten Fällen möglich, bei manchen Datenquellen auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen.
- Die Dimension materieller Armut bzw. materiellen Reichtums und in diesem Zusammenhang die Analyse von Armutsrisiko, Einkommensquintilen und sozialem Status hat, wie oben dargelegt, für die vorliegende Untersuchung einen zentralen Stellenwert. Diesbezügliche Analysen erfordern allerdings möglichst genaue Angaben zur Einkommenslage, die bei den hier genannten Datenquellen am zuverlässigsten im SOEP erhoben werden.

Die folgende Darstellung beruht im Wesentlichen auf Analysen dieser Datenquellen. Paradoxerweise scheint es so, dass die Datenlage umso besser ist, je geringer der Partizipationsgrad ist: Über politisches Interesse und bürgerschaftliches Engagement im Allgemeinen liegen detailliertere (Umfrage-) Daten vor als über die Funktionsträger in Parteien und Vereinen.

4 Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft in Deutschland

Armut und Reichtum an Teilhabechancen ist eine Facette der Armuts- und Reichtumslage in Deutschland. Das in Abbildung 2 dargestellte Modell einer graduell verstandenen Partizipation, die von allgemeinem Interesse über Mitwirkung bis zu aktiver Gestaltung in Führungspositionen reicht, leitet die Untersuchung der Partizipation in Deutschland im politischen Bereich (4.1) und im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements (4.2). Dabei werden Zusammenhänge und Wechselwirkungen mit anderen Dimensionen der Lebenslage dargestellt.

4.1 Mitgestaltung politischer Prozesse

4.1.1 Politisches Interesse

Ein allgemeines Interesse an Politik haben 36% der Bevölkerung ab 16 Jahren, darunter 7,6% ein starkes Interesse. Die Mehrheit der Bevölkerung (64%) interessiert sich dagegen kaum für Politik, darunter 18% sogar überhaupt nicht. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund:²⁸

Männer sind zu 45% politisch interessiert, Frauen dagegen nur zu 27%. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass das derzeitige System politischer Parteien überwiegend Männer in führenden Positionen platziert (s.u.), während für Frauen geringere Partizipationschancen bestehen.

Mit zunehmendem Alter steigt das politische Interesse stetig an. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 24 Jahren zeigen nur zu 22% politisches Interesse, während 78% dieser Altersgruppe politisch desinteressiert sind. Der Anteil der Interessierten steigt über 30% der 25- bis 49-Jährigen und 41% der 50- bis 64-Jährigen auf 46% der Senioren ab 65 Jahren an.

Dass die vom politischen System angebotenen Mitwirkungschancen, die z.B. durch das Wahlrecht an das Erwachsenenalter gebunden sind, das politische Interesse beeinflussen, legt eine Aufgliederung der Altersgruppe der jungen Erwachsenen nahe: Im Alter von 16 bis unter 20 Jahren liegt das Interesse auf dem niedrigen Niveau von 16%

²⁸ Als „Migrantinnen und Migranten“ werden hier Ausländerinnen und Ausländer mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie eingewanderte Deutsche bezeichnet. Insgesamt haben rund 15 Mio. Personen einen Migrationshintergrund, davon haben 7 Mio. eine ausländische Staatsbürgerschaft.

und steigt dann bei den 20- bis 24-Jährigen sprunghaft auf 25% an.²⁹ Eine Studie zur Teilhabe von Jugendlichen kommt zu dem Ergebnis, dass diese ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitentscheidung in der Kommunalpolitik deutlich geringer einschätzen als in der Schule und dort wiederum geringer als in der Familie.³⁰ Auch dies macht deutlich, dass Interessen nicht *a priori* bestehen, sondern durch gesellschaftlich eröffnete Gestaltungsspielräume evoziert werden.

Tabelle 1:

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Bevölkerung ab 16 Jahren, Deutschland 2005

Personengruppe	sehr stark	stark	nicht so stark	überhaupt nicht
Anteil insgesamt	7,6%	27,9%	46,9%	17,6%
<i>darunter:</i>				
Geschlecht				
Männer	10,5%	34,7%	41,3%	13,5%
Frauen	5,2%	22,1%	51,7%	21,0%
Alter				
16 bis 24 Jahre	3,3%	18,7%	45,0%	33,1%
25 bis 49 Jahre	4,8%	25,0%	52,3%	17,9%
50 bis 64 Jahre	9,6%	31,6%	44,9%	13,8%
ab 65 Jahren	12,8%	33,7%	39,8%	13,7%

Quelle: SOEP 2005; Berechnungen des ISG

Von den Personen mit Hochschulabschluss sind 54% politisch interessiert gegenüber 31% der Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, unter denen mit maximal einem Hauptschulabschluss sind es sogar nur 23%. Der Bildungseffekt differenziert hinsichtlich des politischen Interesses am stärksten, auch über mehrere Jahre hinweg zeigt sich dieses Bild.

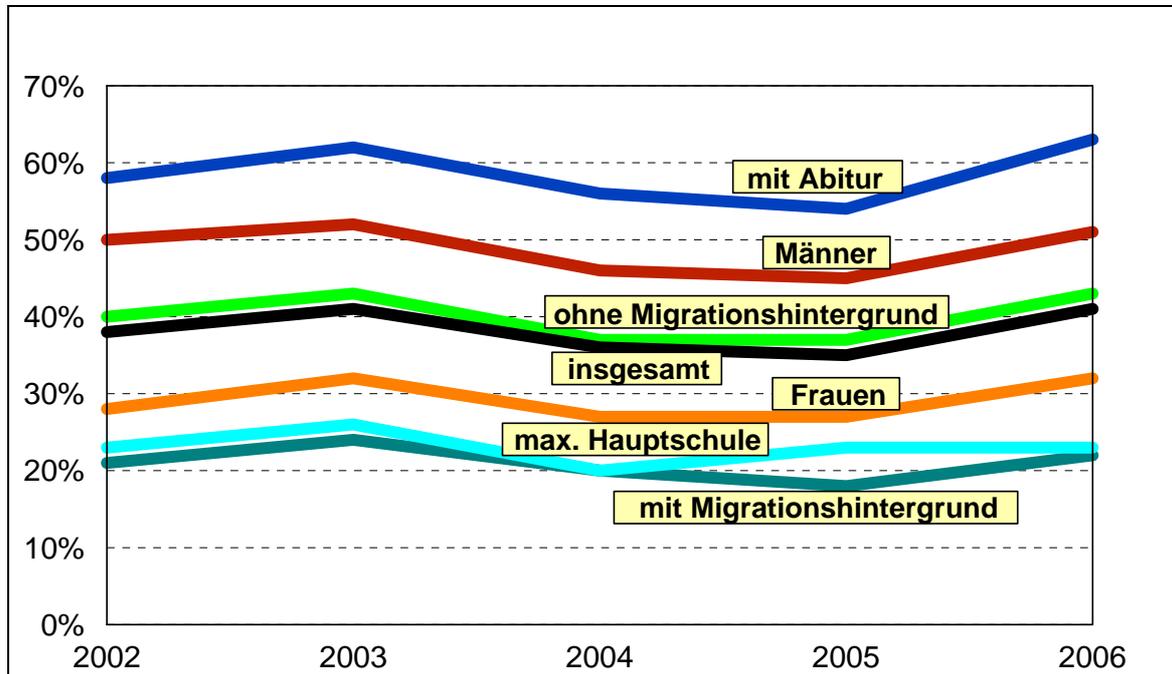
²⁹ Die Shell Jugendstudie bestätigt das geringe politische Interesse von Kindern und Jugendlichen, die dort gemessenen Werte sind aber wegen unterschiedlicher Methodik nicht mit den hier referierten vergleichbar.

³⁰ Fatke, R./ Schneider, H. (2007), a.a.O. S. 83.

Abbildung 3:

Politisches Interesse im Zeitverlauf

„Starkes“ und „sehr starkes Interesse“, Bevölkerung ab 16 Jahren, Deutschland



Quelle: SOEP 2002 - 2006; Berechnungen des ISG

Von den Deutschen ohne Migrationshintergrund interessieren sich 37%, von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dagegen nur 21% für Politik. Interessanterweise lässt sich der Migrationseffekt nicht auf den Bildungseffekt zurückführen; man könnte vermuten, dass vor allem Arbeitsmigranten auf Grund ihrer häufig niedrigen Bildung politisch desinteressiert seien. Eine differenziertere Analyse zeigt aber, dass sich der Migrationseffekt durch alle Bildungsschichten hindurchzieht: Bei hohem Bildungsabschluss interessierten sich 57% der Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 31% mit Migrationshintergrund für Politik, bei niedrigem Bildungsabschluss sind es 26% der Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 12% mit Migrationshintergrund. Darin bestätigt sich, dass politisches Interesse nicht nur von individuellen Präferenzen, sondern auch von sozialen Zugangsschwellen beeinflusst wird. „Interessen“ lassen sich nicht hinreichend als personenbezogene Dispositionen erklären, sondern entstehen in dem Maße, wie soziale Handlungsspielräume faktisch bestehen.

Tabelle 2:

Politikinteresse, Bildung und Migrationshintergrund
Bevölkerung ab 16 Jahren, Deutschland 2005

Interesse für Politik und Migrationshintergrund (MH)	Schulabschluss					
	Hauptschule oder ohne Schulabschluss		Mittlere Reife		(Fach-) Hochschulreife	
	ohne MH	mit MH	ohne MH	mit MH	ohne MH	mit MH
Sehr stark	4,8%	1,7%	7,0%	3,9%	14,5%	8,3%
Stark	21,4%	10,5%	28,0%	20,8%	42,4%	23,1%
Nicht so stark	45,6%	39,3%	50,7%	50,6%	38,0%	47,3%
Überhaupt nicht	28,2%	48,5%	14,4%	24,6%	5,2%	21,3%

Quelle: SOEP 2005; Berechnungen des ISG

Ein nächster Schritt in Richtung auf einen höheren Grad an politischer Partizipation ist die Beteiligung an Wahlen. Dem Sozio-oekonomischen Panel lässt sich hierzu zunächst nur die Absicht entnehmen, im Falle einer Wahl daran teilzunehmen. Diese ist sehr ausgeprägt, gut drei Viertel der Wahlberechtigten geben an, dass sie vorhaben, sich an Wahlen zu beteiligen, darunter 61% „auf jeden Fall“ und 16% „wahrscheinlich“. Darin unterscheiden sich Männer und Frauen kaum, während der Alterseffekt auch hier sichtbar wird: 80% der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren haben die Absicht, zur Wahl zu gehen, gegenüber 63% der 18- bis 24-Jährigen. Eine Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2005 zeigt, dass die hier zum Ausdruck gebrachte Absicht die tatsächliche Wahlbeteiligung recht genau widerspiegelt.³¹

Tabelle 3:

Beteiligung an der Bundestagswahl 2005
Bevölkerung ab 18 Jahren, Deutschland 2005

Altersgruppe	Männer	Frauen	Insgesamt
Insgesamt	78,2%	78,0%	78,1%
<i>darunter:</i>			
18 bis 29	68,0%	69,1%	68,6%
30 bis 39	75,3%	78,2%	76,7%
40 bis 49	78,9%	80,9%	79,9%
50 bis 59	81,9%	83,1%	82,5%
60 bis 69	85,5%	84,6%	85,0%
ab 70 J.	82,7%	73,1%	76,7%

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik; Berechnungen des ISG

³¹ Jesse, E.: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 5/2007, Wiesbaden 2007, S. 521-526.

An der Bundestagswahl 2005 beteiligten sich 78% der Wahlberechtigten. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit 85%, gefolgt von der in der Altersgruppe zwischen 50 und 59 Jahren (83%). Am geringsten beteiligten sich dagegen die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 29 Jahren an der Wahl (69%).

4.1.2 Politische Aktivität

Gegenüber einer nur in längeren zeitlichen Abständen möglichen Wahlbeteiligung stellt die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation eine intensivere Form der Partizipation dar, da in ihr ein dauerhaftes Mitwirken zum Ausdruck kommt. Die Beteiligung an einer Demonstration oder Unterschriftensammlung erscheint demgegenüber weniger verbindlich, setzt in der Regel aber eine bewusste Auseinandersetzung mit einer spezifischen Thematik voraus und wird daher an dieser Stelle auch zu den gesteigerten Formen der Partizipation gezählt.

Tabelle 4:

Politische Aktivitäten
Bevölkerung ab 18 Jahren, Deutschland 2004

Personengruppe	Mitgliedschaft in ...		Teilnahme an ...*	
	Partei	Gewerkschaft	Demonstration	Unterschriften
Anteil insgesamt	3,6%	12,4%	5,8%	21,3%
<i>Darunter:</i>				
Geschlecht				
Männer	5,1%	17,1%	7,7%	19,2%
Frauen	2,2%	7,9%	4,0%	23,3%
Alter				
18 bis 24 Jahre	1,0%	3,6%	20,1%	23,0%
25 bis 49 Jahre	2,8%	15,6%	5,4%	26,7%
50 bis 64 Jahre	5,5%	14,6%	4,0%	20,5%
ab 65 Jahren	4,9%	7,1%	0,8%	9,4%
Region				
Früheres Bundesgebiet	3,8%	12,7%	5,1%	20,5%
Neue Länder	2,9%	11,0%	8,3%	24,9%

Quelle: Datengrundlage: Allbus 2004; Berechnungen des ISG
* Beteiligung innerhalb der letzten 12 Monate

Repräsentative Daten zu diesen Formen politischer Partizipation enthält der Datensatz des Allbus 2004.³² Demnach sind 12,4% der erwachsenen Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft, aber nur 3,6% Mitglied einer politischen Partei. In beiden Formen der Mitgliedschaft sind Männer doppelt so stark eingebunden wie Frauen. Ältere ab 50 Jahren sind zu rund 5% in Parteien organisiert, aber nur 1% der jungen Erwachsenen von 18 bis 24 Jahren. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft konzentriert sich auf die Altersgruppen, die im Erwerbsleben stehen (rd. 15% der 25- bis 64-Jährigen). Demonstrationen sind nach wie vor eine typische Ausdrucksform für junge Erwachsene (rund 20% der 18- bis 24-Jährigen), im mittleren Erwachsenenalter wird diese Form der politischen Äußerung deutlich weniger (4-5%) und von den Seniorinnen und Senioren kaum noch genutzt (0,8%). Im früheren Bundesgebiet sind die Mitgliedsquoten in Parteien und Gewerkschaften etwas höher als in den neuen Ländern, dort ist dagegen das informelle politische Engagement (Teilnahme an Demonstration oder Unterschriftensammlung) höher als im Westen.

Auch an einer Demonstration nehmen Männer stärker teil als Frauen – insgesamt berichten dies 5,8% der Befragten bezogen auf die letzten 12 Monate, mit 7,7% ist der Anteil der Männer fast doppelt so hoch wie der der Frauen mit 4%. Nur an einer Unterschriftensammlung haben sich Frauen (23%) etwas stärker beteiligt als Männer (19%).

Über aktive Politiker sind aufgrund der geringen Anzahl keine bevölkerungsrepräsentativen Daten sinnvoll. Eine Strukturanalyse lässt aber erkennen, welche Personengruppen die „Spitze“ der politischen Partizipation bilden. So waren zum Beispiel von den 613 Abgeordneten des Deutschen Bundestages der 16. Legislaturperiode im Herbst 2005 rund 68% männlich und 32% weiblich, was eine deutliche Unterrepräsentation von Frauen erkennen lässt. 23 Abgeordnete haben einen Migrationshintergrund, dies sind 4% aller Abgeordneten.³³ Vom Alter her machen die 50- bis 64-Jährigen mit 54% einen größeren Anteil aus als die 25- bis 49-Jährigen (44%), nur wenige Abgeordnete sind jünger oder älter als diese beiden Gruppen. Von der Berufsstruktur her überwiegen bei weitem Dienstleistungsberufe (85% mit hohem Akademikeranteil), während aus technischen, landwirtschaftlichen oder Fertigungsberufen zusammen nur 15% der Abgeordneten kommen.³⁴

³² Der Allbus 2006 liegt vor, enthält aber wegen veränderten Fragestellungen keine Vergleichsdaten zu diesen Indikatoren.

³³ Rollmann, A.: Was ist an mir exotisch? Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Das Parlament Nr. 03 / 15.01.2007.

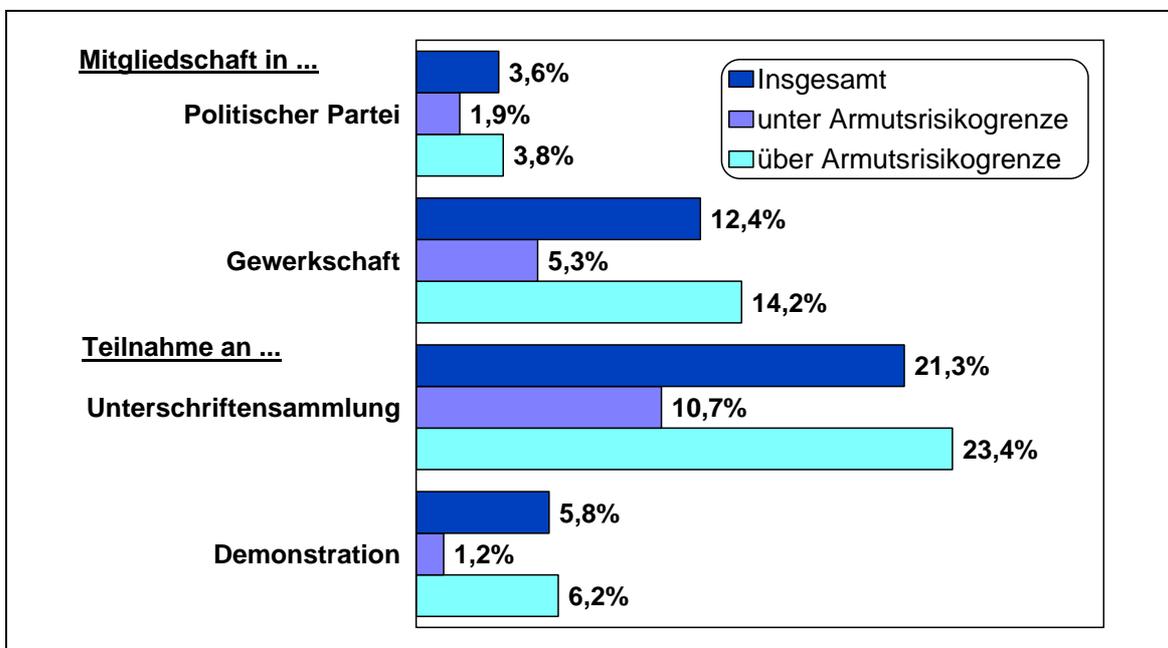
³⁴ Quelle: www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/altersgliederung.html. Der Soziologe Michael Hartmann hat in den letzten Jahren eine stärkere Rekrutierung der „politischen Elite“ in Deutschland aus höheren sozialen Schichten als früher festgestellt, siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Dokumentation – Weiterentwicklung der Reichumsberichterstattung der Bundesregierung – Experten-Workshop am 29. November 2006, S. 109 f.

4.1.3 Armut und Reichtum an politischen Teilhabechancen

Das Ausmaß, in dem Einzelne oder bestimmte Gruppen an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft partizipieren, kann als Gradmesser gesellschaftlicher Inklusion bzw. Ausgrenzung gesehen werden. Wie bereits im 2. Armuts- und Reichtumsbericht dargestellt, kommt auch eine Analyse aktuellerer Daten zu dem Ergebnis, dass Personen aus einkommensschwachen Haushalten tendenziell in geringerem Maße politisch mitgestalten als Personen mit höherem Einkommen. Diese Tendenz lässt sich an allen Formen der politischen Betätigung aufzeigen, die in den hier ausgewerteten Datenquellen erhoben wurden:

Abbildung 4:

Armutsrisiko und politische Partizipation



Quelle: Datengrundlage: Allbus 2004; Berechnungen des ISG

- Der Anteil der Mitglieder in einer politischen Partei ist unter den Personen mit hohem Armutsrisiko mit 1,9% halb so hoch wie unter denen, deren Einkommen über der Armutsrisikogrenze liegt (3,8%).
- Unterhalb der Armutsrisikogrenze sind rd. 5% gewerkschaftlich organisiert, darüber ist die Quote mit 14% fast drei Mal so hoch.
- Nur wenig geringer ausgeprägt sind die Unterschiede im Hinblick auf die Teilnahme an einer Demonstration, über die fast doppelt so viele Personen mit Einkommen über der Armutsrisikogrenze berichten wie diejenigen, die darunter liegen.

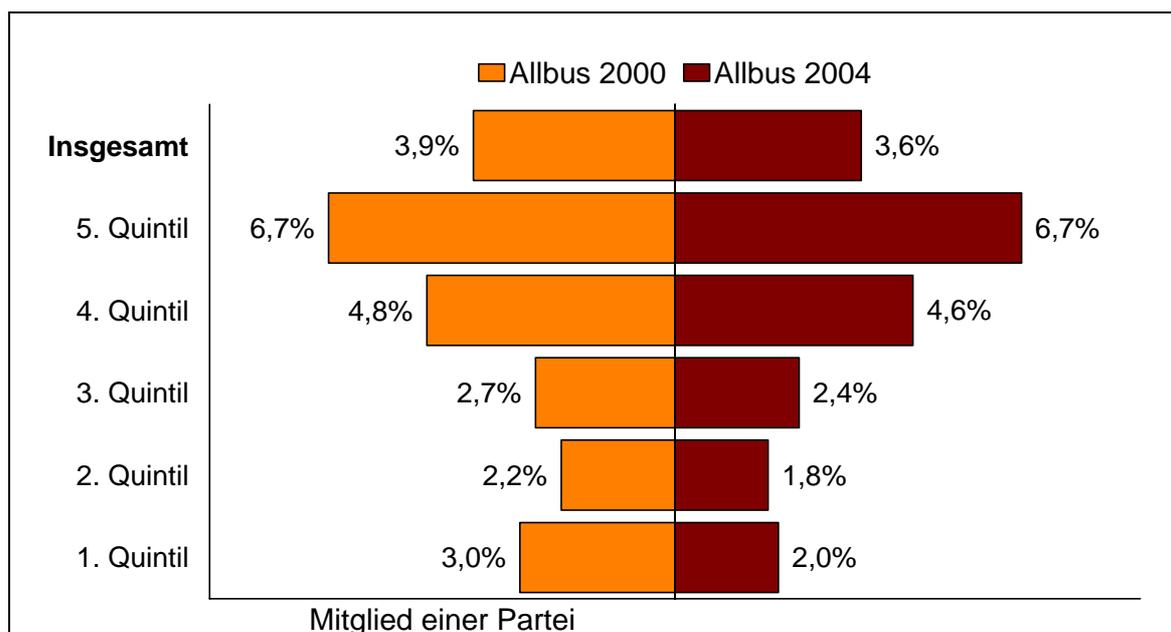
- Die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, über die oberhalb der Armutsrisikogrenze gut 40% mehr berichten als unterhalb dieser Grenze, erscheint vor diesem Hintergrund noch am ehesten als eine Form, in der auch einkommensschwache Personen ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen.

Wenn aber die politische Beteiligung der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze in allen hier betrachteten Formen durchweg niedriger ist als die der wohlhabenderen Personen, lässt sich daraus schließen, dass die Chancen einkommensarmer Personen zur politischen Partizipation und damit auch zur Gestaltung ihrer politisch beeinflussten Lebensbedingungen geringer sind als die der wohlhabenderen Personen.

Durch eine tiefer gehende Analyse der Parteimitgliedschaft lässt sich darstellen, dass insbesondere Angehörige oberer Einkommenschichten auf diesem Wege ihren Einfluss geltend machen. Im vierten Einkommensquintil liegt der Anteil der Parteimitglieder bereits über dem Durchschnitt, und im obersten, dem fünften Einkommensquintil, ist er mit 6,7% deutlich höher als in den unteren drei Quintilen, in denen er zwischen 2,2% und 2,7% (Allbus 2000) bzw. zwischen 1,8% und 2,4% (Allbus 2004) liegt. Dieser Befund belegt deutlich, dass die Ausübung politischen Einflusses in der organisatorischen Form politischer Parteien mit der Höhe des Einkommens korreliert: Personen mit höherem Einkommen nehmen diese Gestaltungsmöglichkeit stärker wahr als Personen mit geringerem Einkommen.

Abbildung 5:

Parteimitgliedschaft nach Einkommenschichtung



Quelle: Datengrundlage: Allbus 2000 und 2004; Berechnungen des ISG

Zieht man den Bildungsabschluss als weiteren Indikator heran, der eine Ausgrenzung von politischer Partizipation anzeigen könnte, so fällt das Ergebnis weniger eindeutig aus. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei erreicht unter den Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss einen Anteil von 5% gegenüber 3% bei allen übrigen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist bei Nicht-Akademikern (mit 13%) sogar weiter verbreitet als bei Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss, von denen nur 10% gewerkschaftlich organisiert sind. Anders fällt das Ergebnis bei den eher unkonventionellen Formen politischer Partizipation wie der Teilnahme an einer Unterschriftensammlung oder einer Demonstration aus, bei beiden liegt die Beteiligungsquote von Personen mit Hauptschulabschluss auf niedrigem Niveau und steigt mit zunehmend höherer Bildung stetig an.

Tabelle 5:

Politische Aktivitäten und Schulbildung
Bevölkerung ab 18 Jahren, Deutschland 2004

Partizipationsform	Schulabschluss		
	Hauptschule od. ohne Abschluss	Mittlere Reife	(Fach-) Hochschulreife
Mitgliedschaft in...			
Partei	3,3%	3,1%	5,1%
Gewerkschaft	13,0%	13,1%	10,3%
Beteiligung an...			
Unterschriftensammlung	40,8%	57,6%	74,4%
Demonstration	15,2%	30,5%	51,7%

Quelle: Datengrundlage: Allbus 2004; Berechnungen des ISG

4.1.4 Politisches Engagement und Migrationshintergrund

Die Frage, inwieweit die Bevölkerung mit Migrationshintergrund Möglichkeiten zur politischen Partizipation hat und diese wahrnimmt, wird maßgeblich durch rechtliche Rahmenbedingungen geprägt. Bei Bundestags- und Landtagswahlen haben Ausländer kein Wahlrecht. EU-Ausländer sind allerdings berechtigt, an Kommunalwahlen und an Wahlen zum Europäischen Parlament als Wähler und Kandidaten teilzunehmen.

Bei offeneren Formen der politischen Partizipation wie z.B. einer Demonstration ist eine Teilnahme eher wahrscheinlich, allerdings methodisch nicht feststellbar, da die Allbus-Erhebung sich nur an Deutschsprachige richtet und daher Ausländer nicht repräsentativ abbilden kann. Dies ist nur beim SOEP 2005 möglich, das Migranten systematisch einbezieht, allerdings steht dort nur ein allgemeiner Indikator „Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik“ zur Verfügung. Dass sie sich

„nie“ in einer dieser Formen beteiligen, sagen dort 88% der deutschen gegenüber 93% der ausländischen Bevölkerung, die Teilgruppe der Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft ist mit 92% ähnlich abstinert.

Damit bestätigt sich, dass Bildung und Migrationshintergrund einen Einfluss auf politische Partizipation haben, allerdings fällt dieser Effekt geringer und im Falle der Gewerkschaften auch weniger eindeutig aus als der Einfluss der Einkommensarmut.

4.2 Mitgestaltung der Zivilgesellschaft

4.2.1 Gemeinschaftsaktivität

Ein niederschwelliges Kriterium für eine Einbindung in gesellschaftliches Leben ist die Mitwirkung in Freizeitgruppen und Vereinen. Im Freiwilligensurvey zusammenfassend als „Gemeinschaftsaktivität“ bezeichnet, finden sich viele verschiedene Bereiche, neben Heimat- und Kulturvereinen, Stadtteilinitiativen oder Selbsthilfegruppen bis hin zu Sportvereinen, die vor allem für Männer einen Schwerpunktbereich darstellen.³⁵ Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind in diesem umfassenden Sinne in Strukturen der Zivilgesellschaft eingebunden.

Nach der 1. World Vision Kinderstudie 2007 sind auch bei Kindern im Alter von 8 bis 11 Jahren schichtabhängige Unterschiede in der Freizeitgestaltung zu beobachten.³⁶ Insgesamt sind 73% der Kinder regelmäßig in einem Verein, einer Musikschule oder einer sonstigen Gruppe aktiv, von den Kindern aus der untersten Herkunftsschicht trifft dies aber nur auf 47% zu. Je gehobener die Schicht, desto größer ist der Anteil der aktiven Kinder – in der obersten Schicht liegt er bei 89%. Von den Kindern mit Migrationshintergrund partizipieren 63% an solchen Freizeitgruppen gegenüber 77% der einheimischen deutschen Kinder.³⁷

Im SOEP 2005 wurde in diesem Zusammenhang nach Freizeitaktivitäten in den Bereichen Sport, Besuch kultureller Veranstaltungen und Besuch von „Kino, Popkonzerten, Disco etc.“ gefragt, letzteres offensichtlich mit starkem Jugendbezug. Von allen Befragten ab 16 Jahren nehmen 16% regelmäßig (d.h. mindestens einmal im Monat) an kulturellen Veranstaltungen teil, 24% besuchen mindestens einmal im Monat Kino, Pop-

³⁵ Gensicke, T./ Picot, S./ Geiss, S.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München 2005, S. 49.

³⁶ Soziale „Herkunftsschichten“ werden dort anhand des Schulabschlusses der Eltern, des Haushaltsnettoeinkommens, der Wohnform und der Zahl der Bücher im Haushalt definiert; vgl. Hurrelmann, K./ Andresen, S./TNS Infratest Sozialforschung (2007), S. 73 f.

³⁷ Hurrelmann, K./ Andresen, S./TNS Infratest Sozialforschung a.a.O. S. 168.

konzerte oder eine Disco und 39% treiben regelmäßig Sport. In der folgenden Tabelle werden diese Beteiligungsquoten nach verschiedenen Merkmalen differenziert.

Tabelle 6:

Regelmäßige Beteiligung an Freizeitaktivitäten
Bevölkerung ab 16 Jahren, Deutschland 2005

Aktivität mindestens einmal pro Monat	Kulturveranstaltung	Kino, Disco, Popkonzerte	aktiver Sport
Insgesamt	15,5%	24,1%	38,9%
Geschlecht			
Männer	14,7%	26,9%	39,4%
Frauen	16,2%	21,8%	38,4%
Alter			
16 bis 24 Jahre	14,9%	67,2%	56,1%
25 bis 49 Jahre	14,6%	28,5%	46,0%
50 bis 64 Jahre	15,8%	13,0%	34,0%
ab 65 Jahre	17,3%	7,4%	22,5%
Bildung			
max. Hauptschulabschluss	7,2%	20,3%	24,3%
Abitur	28,3%	27,0%	50,2%
Migrationshintergrund			
ohne Migrationshintergrund	16,2%	24,2%	39,8%
mit Migrationshintergrund	10,1%	23,2%	31,8%
Armutrisiko			
unter Armutrisikogrenze	8,7%	19,3%	29,1%
über Armutrisikogrenze	16,7%	25,1%	40,7%

Quelle: SOEP 2005; Berechnungen des ISG

- Die Unterschiede nach *Geschlecht* sind bei sportlichen Aktivitäten am geringsten. An kulturellen Veranstaltungen nehmen Frauen etwas stärker teil als Männer. Vor allem aber Kino, Popkonzerte, Disco etc. werden von Männern häufiger besucht als von Frauen.
- Betrachtet man die Aktivitäten in den einzelnen *Altersgruppen*, so springt zunächst, wie bereits gesagt, der Jugendbezug der Frage nach Popkonzerten, Disco etc. ins Auge. 67% der jungen Erwachsenen sind hier regelmäßig aktiv, aber nur noch 7% der Älteren ab 65 Jahren. Aber auch die sportlichen Aktivitäten weisen einen starken Altersbezug auf, sie sind ebenfalls bei den jungen Erwachsenen mit 56% am stärksten und gehen bis auf 23% der Seniorinnen und Senioren zurück. Der Be-

such kultureller Veranstaltungen bleibt dagegen relativ konstant, er nimmt eher noch mit steigendem Alter leicht zu.

- Der Effekt der *Bildung* wird vor allem beim Besuch kultureller Veranstaltungen sichtbar, wo Befragte mit Abitur eine viermal so hohe Teilnahmequote aufweisen wie Befragte, die höchstens einen Hauptschulabschluss haben. Umgekehrt ist es wenig überraschend, dass beim Besuch von Popkonzerten etc. die Bildung kaum eine Rolle spielt. Nicht zu erwarten war dagegen, dass Befragte mit Abitur doppelt so häufig sportlich aktiv sind wie Befragte mit maximal einem Hauptschulabschluss, da der sportliche Bereich meist als inklusionsoffen und wenig exklusiv gilt.
- Diese Inklusionsoffenheit des sportlichen Bereichs bestätigt sich auch im Hinblick auf den *Migrationshintergrund*. Befragte mit Migrationshintergrund sind nur wenig geringer sportlich aktiv als diejenigen ohne einen solchen Hintergrund. Auch beim Besuch von Popkonzerte, Kinos und Disco besteht kein Unterschied in dieser Hinsicht, hier sind die Inklusionschancen für Migranten sehr gut. Für Kulturveranstaltungen gilt dies etwas weniger, aber auch hier sind die Unterschiede nicht dramatisch hoch.
- Eine Analyse nach dem *Armutsrisiko* zeigt, dass von den Personen mit Einkommen über der Armutsriskogrenze 41% regelmäßig Sport betreiben, von den armutsgefährdeten Personen dagegen nur 29%. Der unterschiedliche Partizipationsgrad betrifft insbesondere auch Jugendliche und junge Erwachsene: In der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren treiben 48% der Personen mit Einkommen über der Armutsriskogrenze, aber nur 33% mit Einkommen unter dieser Grenze wöchentlich Sport. Auch hinsichtlich des Besuchs von Kinos, Popkonzerten oder Diskotheken lässt sich der Unterschied zwischen armutsgefährdeten (19% regelmäßig) und nicht armutsgefährdeten Befragten (25% regelmäßig) feststellen, ebenso beim Besuch kultureller Veranstaltungen (9% der Armutgefährdeten gegenüber 17% der anderen).

Hinsichtlich der Aktivitäten im Freizeitbereich treten somit – neben sachlich bedingten Altersdifferenzen – vor allem Bildung und Einkommensarmut als Zugangsschwellen hervor, während sich Geschlecht und Migrationshintergrund geringer auswirken.

4.2.2 *Bürgerschaftliches Engagement*

Ein gutes Drittel der Bevölkerung beteiligt sich nicht nur an Freizeitaktivitäten, sondern ist darüber hinaus in Form von bürgerschaftlichem Engagement tätig. Diese oft zeitintensive Form der Mitgestaltung ist als Indikator für gesellschaftliche Partizipation besonders geeignet. Bürgerschaftliches Engagement ist umfassender als politisches Engagement zu verstehen, es erstreckt sich über viele gesellschaftliche Bereiche von der Unterstützung für Kinder und Jugendliche über ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen und Initiativen bis hin zu Formen der freiwilligen sozialen und kulturellen Arbeit. In die-

sen Bereichen sind die Schwerpunkte nach Alter und Geschlecht sehr unterschiedlich, z. B. engagieren sich Frauen in Schule, Kindergarten und sozialen Bereichen stärker als Männer, während diese im Bereich der freiwilligen Feuerwehr und der Rettungsdienste höhere Engagementquoten aufweisen.³⁸

Fasst man alle diese Aktivitäten in einem umfassenden Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement zusammen, so sind in Deutschland 36% der Bevölkerung in einer dieser Formen engagiert. Im früheren Bundesgebiet sind die Engagementquoten mit 37% höher als in den neuen Ländern (31%). Der Befund, dass Männer mit einer Quote von 39% stärker engagiert sind als Frauen mit 32%, wird mit dem Hinweis kommentiert, dass Frauen stärker als Männer durch Familien- und Erziehungsarbeit gebunden seien.³⁹

Tabelle 7:

Bürgerschaftliches Engagement
Bevölkerung ab 14 Jahren, Deutschland 2004

	Insgesamt	Männer	Frauen
Engagementquote	36%	39%	32%
<i>darunter:</i>			
Alter			
14 bis 30 Jahre	35%	36%	33%
31 bis 45 Jahre	39%	40%	38%
46 bis 65 Jahre	40%	43%	37%
über 65 Jahren	26%	33%	21%
Erwerbsstatus			
Erwerbstätig	40%	42%	37%
Arbeitslos	27%	27%	27%
Schüler/ Auszubildende/ Studenten	38%	40%	36%
Hausfrau/ Hausmann	37%	23%	38%
Rentner/ Pensionäre	28%	35%	23%
Region			
Früheres Bundesgebiet	37%	40%	33%
Neue Länder	31%	34%	28%

Quelle: Gensicke/ Picot/ Geiss 2005, S. 66. Datengrundlage: Freiwilligensurvey 2004

³⁸ Gensicke, T./ Picot, S./ Geiss, S. a.a.O. S. 58.

³⁹ Zierau, J.: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Freiwilligensurvey 1999 Bd. 3 „Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport“, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000, S. 29.

Dabei bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen einzelnen Engagementbereichen: Während in der sozialen Arbeit, in Kindergarten und Schule eher Frauen engagiert sind, wird das Engagement in Vereinen und angesehenen Ehrenämtern stärker von Männern wahrgenommen. Auch nach Altersgruppen variiert die Engagementquote. Jugendliche und junge Erwachsene weisen demnach eine unterdurchschnittliche Engagementquote auf.⁴⁰ Personen im Alter von 46 bis 65 Jahren sind mit 40% am stärksten engagiert, Seniorinnen und Senioren über 65 Jahren mit 26% am geringsten. Dies soll die vielfältigen Aktivitäten älterer Menschen nicht abwerten, die sowohl in „normalen“ Formen engagiert sind⁴¹ als auch in der Rolle von Multiplikatoren.⁴²

Besonders auffällig ist aber, dass bürgerschaftliches Engagement nicht davon abhängt, wie viel Zeit man zur Verfügung hat, denn dann wäre zu erwarten gewesen, dass Arbeitslose und Ruheständler stärker engagiert wären als Erwerbstätige. Das Gegenteil ist aber der Fall, die Engagementquote von Erwerbstätigen ist mit 40% deutlich höher als die der Arbeitslosen mit 27% und der Rentnerinnen und Rentner mit 28%. Bei diesen gibt es allerdings starke Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen stärker engagierten jungen Senioren (37% der 60- bis 69-Jährigen) und weniger aktiven älteren Senioren (22% der ab 70-Jährigen).

Dieser Befund lässt sich so interpretieren, dass die Engagementquote ein aussagekräftiger Indikator für den Grad der Partizipation an der Zivilgesellschaft ist: Mit zunehmendem Alter nimmt die Inklusion in die aktiven Bereiche der Gesellschaft ab. Dabei können gesellschaftliche Exklusionsprozesse, durch die Ältere aus der Partizipation herausgedrängt werden, mit dem Selbstrückzug älterer Menschen einhergehen, die sich im Bewusstsein abnehmender Vitalität, Mobilität und oft auch Kommunikabilität (z.B. Zurückgezogenheit wegen abnehmendem Hör- und Sehvermögen) selbst einschränken. Beides spielt oft ineinander, und es kann nicht immer genau geklärt werden, welcher dieser Impulse stärker ist.

⁴⁰ Kinder unter 14 Jahren wurden im Freiwilligensurvey nicht befragt, sind aber ebenfalls bürgerschaftlich engagiert, wie die World-Vision-Studie nachweist (allerdings mit einer anderen Fragestellung, daher lassen sich die Engagementquoten nicht vergleichen); siehe Hurrelmann, K./ Andresen, S./TNS Infratest Sozialforschung a.a.O. S. 212 ff.

⁴¹ Ergebnisse aus dem Alterssurvey werden dazu berichtet in Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): *Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potenzial. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung Bd. 5*, Berlin 2006.

⁴² So z.B. als *seniorTrainerinnen*, eine modellhaft erprobte und anschließend fortgeführte Multiplikatorenrolle; siehe Engels, D./ Braun, J./ Burmeister, J. (Hg.): *SeniorTrainerinnen und seniorKompetenzteams: Erfahrungswissen und Engagement älterer Menschen in einer neuen Verantwortungsrolle*, Köln 2007.

4.2.3 Armut und Reichtum an gesellschaftlichen Teilhabechancen

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen in dieser Hinsicht als „ausgegrenzt“ erscheinen. Dass mangelnde Einbindung in das Erwerbssystem sich in geringerer zivilgesellschaftlicher Einbindung spiegelt, ist bereits deutlich geworden. Darüber hinaus ist aber auch hier ein Zusammenhang mit monetärer Armut erkennbar: Die Auswertung verschiedener Datengrundlagen (mit einer etwas niedrigeren Engagementquote als im Freiwilligensurvey) ergibt durchgängig eine niedrigere Engagementquote von Personen mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze als von Personen mit höherem Einkommen. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass diese Aktivitäten oft mit finanziellen Aufwendungen verbunden sind, die sich armutsgefährdete Menschen schlicht nicht leisten können oder aber, dass sie andere Prioritäten setzen (müssen), z.B. auch in kleineren Jobs Geld zu verdienen. Darüber hinaus ist auch hier mit Prozessen der Selbstausgrenzung aufgrund der Antizipation von Zugangsschwellen zu rechnen (siehe oben zum Befund bei der politischen Partizipation).

Tabelle 8:

Bürgerschaftliches Engagement und Einkommen Bevölkerung ab 18 Jahren, Deutschland

Einkommensverteilung	Engagementquote *		
	Allbus 2002	Allbus 2004	SOEP 2005
Insgesamt	33,0%	33,1%	31,4%
<i>darunter:</i>			
unter Armutsrisikogrenze	24,8%	21,4%	27,0%
über Armutsrisikogrenze	34,2%	34,5%	32,2%
Einkommensquintile			
5. Quintil	35,8%	40,2%	37,2%
4. Quintil	37,0%	38,5%	35,6%
3. Quintil	31,1%	33,8%	31,3%
2. Quintil	33,8%	26,3%	25,3%
1. Quintil	27,2%	22,6%	26,8%

Quelle: Datengrundlage: Allbus 2002 und 2004, SOEP 2005; Berechnungen des ISG
* mit leicht variierender Fragestellung in den Erhebungen

Eine nach Quintilen differenzierte Analyse lässt darüber hinaus erkennen, dass die Bevölkerung der unteren 20% der Einkommensverteilung nur unterdurchschnittlich engagiert ist. Ab dem vierten Einkommensquintil ergeben alle Auswertungen eine Engagementquote über dem Durchschnitt. Ähnlich wie bei der Analyse des politischen Engagements zeigt sich auch hier, dass Personen mit höheren Einkommen stärker in

zivilgesellschaftliche Aktivitäten eingebunden sind als Personen mit niedrigeren Einkommen.

4.2.4 Bürgerschaftliches Engagement und Migrationshintergrund

Nach Ergebnissen des Freiwilligensurveys weisen Personen mit Migrationshintergrund mit 23% eine niedrigere Engagementquote auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 37%. Dies kann auf Basis des SOEP, das Migranten systematisch einbezieht, genauer untersucht werden, auch wenn dort das bürgerschaftliche Engagement mit einer anderen Methodik ermittelt wurde.

Nach Auswertung des SOEP 2005 weisen Personen ohne Migrationshintergrund mit 33% ebenfalls eine höhere Engagementquote auf als Personen ohne Migrationshintergrund (22%) – die Tendenz ist also gleich, auch wenn die Spannweite hier nicht ganz so groß ist wie im Freiwilligensurvey. Allerdings wird das geringere bürgerschaftliche Engagement zum Teil dadurch ausgeglichen, dass Migranten in stärkerem Maße in unmittelbaren sozialen Netzen aktiv sind. In der Verwandtschaft und im Freundeskreis leisten 50% der Personen mit Migrationshintergrund mindestens monatlich Hilfe und Unterstützung, während dieser Anteil bei Personen ohne Migrationshintergrund mit 43% niedriger ist.

Tabelle 9:

Engagement, Familienhilfe und Migrationshintergrund Bevölkerung ab 16 Jahren, Deutschland 2005

	bürgerschaftl. Engagement		Hilfe in Familie, Freundeskreis	
	ohne Mh	mit Mh	ohne Mh	mit Mh
Insgesamt	32,7%	21,6%	42,5%	49,5%
Geschlecht				
Männer	35,3%	22,9%	44,9%	50,8%
Frauen	30,5%	20,4%	40,4%	48,3%
Alter				
16 bis 24 Jahre	34,2%	17,6%	54,0%	65,8%
25 bis 49 Jahre	35,3%	25,5%	47,7%	50,4%
50 bis 64 Jahre	34,0%	18,3%	38,2%	45,8%
ab 65 Jahre	26,2%	16,0%	32,5%	32,7%

Quelle: SOEP 2005; Berechnungen des ISG

Die *Bereitschaft* zum Engagement wäre demnach nicht unterschiedlich, sondern der Rahmen, in dem es stattfindet: bei Migranten eher in den unmittelbaren Netzwerken von Familie und Verwandtschaft, Freundeskreis und Nachbarschaft, bei den Personen ohne Migrationshintergrund dagegen stärker als gesellschaftliches Engagement. Dies kann mit einem unterschiedlichen Grad an sozialer Inklusion erklärt werden.

Dieses Verhältnis zwischen beiden Formen der Hilfeleistung bleibt auch konstant, wenn man weiter nach Geschlecht differenziert. Die Engagementquoten von Frauen waren niedriger als die von Männern (s.o.), und dies gilt unabhängig vom Migrationshintergrund. Bei Personen mit Migrationshintergrund, bei denen Geschlechtsrollen oft noch stärker unterschieden werden, ist dieser Unterschied sogar noch geringer ausgeprägt: Die Beteiligungsquoten von Männern und Frauen differieren bei Befragten ohne Migrationshintergrund um 4 bis 5 Prozentpunkte, bei Befragten mit Migrationshintergrund nur um 2 bis 3 Prozentpunkte.

Vergleicht man schließlich das Engagement unterschiedlicher Altersgruppen, so zeigen sich bei den Befragten mit Migrationshintergrund stärkere Veränderungen in Abhängigkeit vom Alter, während die Aktivitäten der Befragten ohne Migrationshintergrund etwas gleichmäßiger verlaufen. Unabhängig vom Migrationshintergrund lässt sich feststellen, dass die Engagementquoten im mittleren Erwachsenenalter (25 bis 49 Jahre) am höchsten sind, während die Hilfe in Familie und Nachbarschaft am meisten von jungen Erwachsenen (16 bis 24 Jahre) geleistet wird. Für beide Hilfearten und ebenfalls unabhängig vom Migrationshintergrund lässt sich auch hier der Rückgang im Rentenalter (ab 65 Jahren) beobachten.

5 Zusammenfassung und Fazit

Das vorliegende Gutachten befasst sich mit den Teilhabechancen der Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen der politischen und gesellschaftlichen Partizipation. Zunächst wird auf theoretischer Ebene erörtert, ob das Modell der „Verwirklichungschancen“, das Partizipation als Resultat des Zusammenwirkens von individuellen Potenzialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen versteht, als Erklärungsansatz ausreicht. Dieser Diskurs kommt zu dem Schluss, dass Inklusion und Exklusion in entscheidender Weise durch die Eigenlogiken gesellschaftlicher Teilsysteme und entsprechend gestaltete Zugangskriterien geprägt werden. Es erscheint daher als verkürzt, primär von individuellen Partizipationsinteressen auszugehen und die gesellschaftliche Seite der Partizipation lediglich als „Rahmenbedingung“ mit einfließen zu lassen.

Ausgehend von einem mehrdimensionalen Lebenslage-Ansatz werden politisches und gesellschaftliches Engagement als spezielle Formen der Inklusion in gesellschaftliche Teilsysteme konzipiert. Es wird davon ausgegangen, dass sich die verschiedenen Dimensionen der Lebenslage wechselseitig beeinflussen. Ob sich dabei Inklusionsdefizite in einer Dimension durch Inklusion in andere Dimensionen zumindest teilweise ausgleichen lassen (Kompensationsthese) oder sich wechselseitig verstärken (Kumulativthese), wird als empirisch zu klärende Frage gestellt.

Politisches Interesse ebenso wie die verbindlicheren Formen politischer Aktivität werden in starkem Maße durch Bildung und Einkommenslage beeinflusst. Aus individueller Sicht ließe sich dies so interpretieren, dass Personen mit höherer Bildung höhere Realisierungschancen für ihre Ziele und Interessen sehen. Interpretiert man diesen Befund aus gesellschaftlicher Sicht, so wird deutlich, wie sich die systemeigenen Erfolgskriterien als Bedingungen für Inklusion auswirken. Dazu gehören neben Bildung auch die Verfügbarkeit materieller Mittel, neben individuellen Interessen auch rechtliche Zugangschancen. Am Beispiel der Parteimitgliedschaft lassen sich die größeren Partizipationschancen einkommensstarker Personengruppen aufzeigen, denen es gelingt, materiellen Reichtum mit Einflussreichtum zu verbinden. Auf der anderen Seite werden politische Partizipationschancen von Kindern und Jugendlichen durch rechtliche Regelungen ebenso eingeschränkt wie die von Personen mit Ausländerstatus. Auch daran lässt sich erkennen, dass „Interessen“ sich nicht hinreichend als personenbezogene Dispositionen erklären lassen, sondern in dem Maße geweckt werden, wie soziale Handlungsspielräume faktisch bestehen.

Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund überlagern sich zum Teil rechtliche Einschränkungen, niedrige Bildungsabschlüsse und geringe Einkommen und reduzieren kumulativ den Grad der politischen Partizipation. Allerdings zeigt sich, dass das gerin-

gere politische Interesse von Migranten sich durch alle Bildungsschichten hindurchzieht.

Als Teilhabe an „Gemeinschaftsaktivitäten“ bezeichnet der Freiwilligensurvey verschiedene Aktivitäten im Freizeitbereich, die noch nicht den Leistungs- und Verpflichtungscharakter von bürgerschaftlichem Engagement haben. Eine Analyse von SOEP-Daten ergibt, dass diese Aktivitäten nur wenig nach Alter und Geschlecht variieren (mit Ausnahme explizit altersgruppenbezogener Aktivitäten), dagegen aber stark vom Bildungs- und Einkommensniveau abhängen. Personen mit hohem Armutsrisiko werden tendenziell von Freizeitaktivitäten ausgeschlossen.

Auch die Analyse des bürgerschaftlichen Engagements macht markante Unterschiede zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern, sehr drastisch aber auch zwischen Bevölkerungsgruppen mit und ohne Armutsrisiko deutlich: Bürgerschaftliches Engagement erweist sich damit als ein aussagekräftiger Indikator für den Grad der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insgesamt; es hängt nicht davon ab, wie viel Zeit zur Verfügung steht, denn die Engagementquote von Erwerbstätigen ist deutlich höher als die der Arbeitslosen und der Senioren (insbesondere im höheren Alter).

Allerdings gleichen Personen mit Migrationshintergrund ein geringeres bürgerschaftliches Engagement durch höheres Engagement in Familie und Freundeskreis aus. Geringere Engagementquoten erweisen sich damit nicht als Ausdruck einer geringer ausgeprägten altruistischen Haltung, sondern lassen erkennen, dass die Integration dieser Bevölkerungsgruppe auf gesellschaftlicher Ebene noch nicht so weit entwickelt ist wie die in unmittelbare soziale Netze. Nach der hier vertretenen Konzeption lässt sich dieser Befund ausdrücklich nicht auf eine geringe „Integrationsbereitschaft“ verkürzen, sondern indiziert auch eine mehr oder weniger ausgeprägte „Durchlässigkeit“ gesellschaftlicher Organisationen (wie z.B. Vereine, Verbände etc.).

Die dargestellten Befunde bestätigen im Großen und Ganzen das Bild, das im 2. Armuts- und Reichtumsbericht hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Partizipation gezeichnet wurde. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf aktuelleren Daten, in der Tendenz hat sich jedoch in den letzten Jahren kaum etwas geändert: Nach wie vor besteht ein starker Zusammenhang zwischen Einkommensposition und politischer ebenso wie zivilgesellschaftlicher Inklusion.

An keiner Stelle wird erkennbar, dass die Risiken materieller Armut durch nicht-materielle Formen der Partizipation kompensiert werden könnten. Vielmehr belegt diese Analyse, dass ausgrenzende Tendenzen in mehreren Lebenslagedimensionen wie Bildung, Einkommen und Partizipation parallel auftreten, sich wechselseitig verstärken und eine Kumulation von Armutsrisiken in mehreren Dimensionen zur Folge haben. Die

eingangs formulierte Frage lässt sich damit eindeutig beantworten: Nicht die Kompensationsthese, sondern die Kumulationsthese wird durch die empirische Evidenz belegt.

Literaturverzeichnis

- Arndt, C. et al.: Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen) – Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armut- und Reichtumsmessung – Machbarkeitsstudie, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2006.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Gütersloh 2007.
- Deutscher Bundestag: www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/altersgliederung.html.
- Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potenzial. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung Bd. 5, Berlin 2006.
- Durkheim, E.: Über die Teilung der sozialen Arbeit, 1893; Frankfurt 1977.
- Engels, D.: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2005.
- Engels, D.: Lebenslagen und soziale Exklusion. Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzepts für die Sozialberichterstattung, in: „Sozialer Fortschritt“ Heft 5/2006, S. 109 – 117.
- Engels, D./ Braun, J./ Burmeister, J. (Hg.): SeniorTrainerinnen und seniorKompetenzteams: Erfahrungswissen und Engagement älterer Menschen in einer neuen Verantwortungsrolle, Köln 2007.
- Engels, D.: „Lebenslagen“, in: Maelicke, B. (Hg.): Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos Baden-Baden 2008, S. 643-646.
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002.
- Europäische Kommission: Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung als Fazit der Auswertung der Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung (2003-2005), Brüssel 2003.
- Fatke, R., Schneider, H.: Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Gütersloh 2007.
- Fertig, M./ Tamm, M.: Kinderarmut im internationalen Vergleich, in: Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.): Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe, Freiburg 2007, S. 31-41.
- Gensicke, T., Picot, S., Geiss, S.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München 2005.
- Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981.
- Hartmann, M.: Alte und neue Eliten, in: Dokumentation Experten-Workshop „Weiterentwicklung des Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung“, Reihe Lebenslagen in Deutschland, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2006, S. 109 f.
- Hurrelmann, K./ Albert, M./ Schneekloth, U.: Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie, hrsg. von Deutsche Shell Holding, Frankfurt 2006.
- Hurrelmann, K., Andresen, S., TNS Infratest Sozialforschung: 1. World Vision Kinderstudie – Kinder in Deutschland 2007, World Vision Deutschland e.V. (Hg.), Frankfurt/M. 2007.
- Jesse, E.: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik 5/2007, Wiesbaden 2007.

- Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“: Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Berlin 2004.
- Kronauer, M.: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt 2002.
- Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt 1998.
- Luhmann, N.: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt 2000.
- Nahnsen, I.: Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: M. Osterland (Hg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktbereitschaft, Frankfurt 1975.
- Neurath, O.: Empirische Soziologie, 1931, zit. nach Glatzer, W., Hübinger, W.: Lebenslagen und Armut, in: Döring, D., Hanesch, W., Huster, E.-U. (Hg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt 1990.
- Rollmann, A.: Was ist an mir exotisch? Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Das Parlament Nr. 03, 15.01.2007.
- Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München 2000.
- Voges, W. et al.: Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2005.
- Volkert et al.: Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung, in: Reihe Lebenslagen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2004.
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 1922; 5. Auflage, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1980.
- Weisser, G.: „Wirtschaft“, in: Ziegenfuss, W. (Hg.): Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 986.
- Zierau, J.: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Freiwilligensurvey 1999 Bd. 3 „Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport“, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000